

# Klausur aus dem Verfahrensrecht 02 Klausuren Modul D 2025 Lösungshinweis

## Inhalt:

### Abgabenordnung/Finanzgerichtsordnung

Einspruchsverfahren, Meistbegünstigungstheorie, Übermittlung einheitlicher Feststellungsbescheid, Einspruchsbefugnis bei gesonderter und einheitlicher Feststellung gem. § 352 AO, notwendige Hinzuziehung gem. § 360 Abs. 3 AO, Verbindung von Einspruchsverfahren analog § 73 FGO, Anfechtungsbeschränkung gem. § 351 Abs. 1 AO, Korrekturvorschriften, Problematik des § 351 Abs. 2 AO

### Umsatzsteuer

Unternehmer, Umfang des Unternehmens, Organschaft, Beendigung Organschaft, nicht steuerbarer Innenumsatz, Erwerb und Veräußerung von Gesellschaftsanteilen, Steuerbefreiung § 4 Nr. 8f, Sonstige Leistung, Vorsteuerabzug, Ausgabe neuer Aktien, innergemeinschaftlicher Erwerb, Anzahlung beim innergemeinschaftlichen Erwerb, Änderung der Bemessungsgrundlage, innergemeinschaftlicher Fernverkauf, innergemeinschaftliches Verbringen, Fahrzeugüberlassung an Arbeitnehmer mit Zuzahlung, Lieferung, Factoring, Leistungsempfänger als Steuerschuldner, Vorsteuerberichtigung gem. § 15a Abs. 4, Photovoltaikanlagen, Kleinunternehmerregelung

### Bewertung/Erbschaft- und Schenkungsteuer/Grunderwerbsteuer

Grundbesitzwert Erbbaurecht (nur Teilentschädigung), Ertragswertverfahren, übriges Vermögen, Sachleistungsanspruch, ErbSt (Nichte), Vorerwerb § 14 ErbStG, Steuerbefreiung § 13d ErbStG, Gegenwartswert Kaufpreisforderung mit Aufschubzeit, Nachlassverbindlichkeiten § 10 Abs. 5, Abs. 6 ErbStG, Rentenvermächtnis, Grunderwerbsteuer



Ihr Institut  
für Steuerrecht.

**Abgabenordnung** **35,0**

Alle §§ ... ohne nähere Bezeichnung sind solche der AO

Ein Einspruch hat Aussicht auf Erfolg, wenn er zulässig und begründet ist. **0,5**

**I. Zulässigkeit der Einsprüche (§ 358 S. 1)**

**1. Einspruch des Steuerberaters vom 25.04.2025 namens und im Auftrag der KG**

Nachdem ein Bescheid vom **24.03.2025** nicht existiert, ein Einspruch gegen den Feststellungsbescheid vom 24.02.2025 aber eindeutig verfristet wäre, ist durch Auslegung nach § 133 BGB davon auszugehen, dass sich der Einspruch gegen den berechtigten Feststellungsbescheid vom 28.03.2025 richtet, da nur hier Erfolgchancen bestehen können (Meistbegünstigungstheorie). **1,5**

**1.1 Statthaftigkeit**

Der Einspruch ist der statthafte Rechtsbehelf gegen den berechtigten Feststellungsbescheid (§§ 179 Abs. 1, Abs. 2 S. 2, 180 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 Bst. a), da dieser einen Verwaltungsakt i.S. des § 118 S. 1 in einer Abgabenangelegenheit darstellt (§ 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, Abs. 2), auf die die AO anwendbar ist (§ 1). Ein Ausschlussgrund nach § 348 liegt nicht vor. **1,0**

**1.2 Form**

Der Einspruch ist schriftlich, mithin formgerecht, eingelegt worden (§ 357 Abs. 1 S. 1). **0,5**

**1.3 Frist**

Die Einspruchsfrist beträgt einen Monat nach wirksamer Bekanntgabe, da der berechtigte Feststellungsbescheid 2023 mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung versehen war (§§ 355 Abs. 1, 356). **0,5**

Zu prüfen ist die ordnungsgemäße Übermittlung des angefochtenen Bescheids. Da Steuerberater H keine Empfangsvollmacht erteilt wurde, ist § 122 Abs. 1 S. 4 nicht einschlägig. Damit war der Feststellungsbescheid der KG als rechtsfähiger Personenvereinigung (§ 14a Abs. 2 Nr. 2, KG ist rechtsfähige Personengesellschaft, vgl. § 161 Abs. 2 i. V. m. § 105 Abs. 2 HGB) in Vertretung der Feststellungsbeteiligten bekannt zu geben (§ 183 Abs. 1 S. 1). Der Hinweis nach § 183 Abs. 1 S. 2 war erfolgt. **2,0**

Die inhaltliche Adressierung erfolgte laut Sachverhalt zutreffend. Der berechtigte Feststellungsbescheid wurde am 28.03.2025 mit einfachem Brief zur Post gegeben. Die Bekanntgabe erfolgte daher am vierten Tag nach Aufgabe zur Post, mithin am 01.04.2025 (§ 122 Abs. 2 Nr. 1). Die Einspruchsfrist begann mit Ablauf des am 01.04.2025 und endete mit Ablauf des 02.05.2025, weil der 01.05.2025 ein gesetzlicher Feiertag war (§§ 108 Abs. 1, Abs. 3, 187 Abs. 1 BGB, 188 Abs. 2 BGB). Der Einspruch ging fristgerecht am 25.04.2025 bei der zutreffenden Anbringungsbehörde, dem Finanzamt Regensburg, ein (§ 357 Abs. 2 S. 1). **2,0**

**1.4 Beschwer**

Die durch den Feststellungsbescheid betroffenen Gesellschafter sind auch beschwert, § 350. Die Beschwer ergibt sich aus der Bindungswirkung des § 182 Abs. 1 für Folgebescheide. **1,0**

**1.5 Einspruchsbefugnis**

Im Einspruchsverfahren gegen eine gesonderte und einheitliche Feststellung (§ 180 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 Bst. a) ist jedoch zusätzlich die Einspruchsbefugnis des Einspruchsführers erforderlich, § 352.

Die KG ist selbst einspruchsbefugt nach § 352 Abs. 1 Nr. 1 Bst. a. In der Einlegung erfolgt eine Vertretung durch den Steuerberater, §§ 365 Abs. 1, 80. **1,5**

Zwar liegt kein schriftlicher Nachweis vor. Das Bestehen der Vollmacht kann bei einem Steuerberater jedoch vermutet werden (§ 80 Abs. 2 S. 1). 0,5

## **2. Einspruch des Komplementärs K**

Auch hier sind die zwingenden Formerfordernisse erfüllt, da die Einlegung eines Einspruchs per Telefax der Schriftform genügt, § 357 Abs. 1 (AEAO zu § 357, Nr. 1). 0,5

Die Einspruchsfrist, die mit Ablauf des 02.05.2025 endet (s.o.), wurde durch Anbringung am 25.04.2025 beim Wohnsitzfinanzamt Straubing gewahrt (§ 357 Abs. 2 S. 2, § 19). 0,5

Die Einspruchsbefugnis des K ergibt sich aus § 352 Abs. 1 Nr. 5, da er durch Sonderbetriebseinnahmen im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an der KG persönlich betroffen ist. 0,5

Die Einsprüche der KG und des K sind zulässig (§ 358 S. 1). 0,5

## **3. Verfahrensrechtliche Maßnahmen**

Das Finanzamt Straubing übersendet den Einspruch des K an das zur Entscheidung über den Einspruch zuständige Finanzamt Regensburg, § 367 Abs. 1 S. 1. 0,5

Nachdem die Feststellung wegen der Beteiligung Mehrerer einheitlich zu erfolgen hat, muss auch die Einspruchsentscheidung einheitlich ergehen.

Das Finanzamt Regensburg muss hinzuziehen, wenn an dem streitigen Rechtsverhältnis Dritte derart beteiligt sind, dass die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann (§ 360 Abs. 3). Bei gesonderten und einheitlichen Feststellungsbescheiden sind daher alle Feststellungsbeteiligten hinzuzuziehen, die zwar selbst keinen Einspruch eingelegt haben, aber zum Einspruch befugt (§ 352) und durch die Feststellungen beschwert sind (§ 360 Abs. 3 S. 2). Die Hinzugezogenen werden Verfahrenseteiligte (§ 359 Nr. 2). 1,0

Zum Einspruch, den der Steuerberater als gewillkürter Vertreter der einspruchsbefugten KG eingelegt hat, wäre daher notwendig hinzuzuziehen T, gesetzlich vertreten durch E wegen der Versagung der Stellung als Mitunternehmer, sowie E persönlich wegen der prozentualen Höhe seines Anteils, §§ 360 Abs. 3, 352 Abs. 1 Nr. 4 und schließlich K wegen des Sonderbetriebsbereiches, §§ 360 Abs. 3, 352 Abs. 1 Nr. 5. 1,5

Zum Einspruch des K wäre notwendig hinzuzuziehen die KG (§§ 360 Abs. 3, 352 Abs. 1 Nr. 1 Bst. a). 0,5

Allerdings können die Einsprüche entsprechend § 73 FGO zur gemeinsamen Entscheidung verbunden werden, so dass die Hinzuziehung des K zum Einspruch des Steuerberaters für die KG und die Hinzuziehung der KG zum Einspruch des K unterbleiben können. 1,0

## **II. Begründetheit der Einsprüche**

Die Einsprüche sind begründet, soweit der berichtigte Feststellungsbescheid rechtswidrig ist und der jeweilige Einspruchsführer dadurch in seinen Rechten verletzt ist. 0,5

Die zulässig eingelegten und miteinander verbundenen Einsprüche führen grundsätzlich zur vollumfänglichen Neuüberprüfung des angefochtenen Verwaltungsakts in tatsächlicher wie rechtlicher Hinsicht (§ 367 Abs. 2 S. 1). 0,5

Der Überprüfungsrahmen ist hier jedoch gem. § 351 Abs. 1 eingeschränkt, da der Einspruch die Änderung eines bereits unanfechtbaren Erstbescheids (Feststellung vom 24.02.2025, unanfechtbar mit Ablauf des 28.03.2025) betrifft. 0,5

Feststellungen, die unverändert aus einem unanfechtbaren Erstbescheid in den Änderungsbescheid übernommen werden, sollen unanfechtbar bleiben, es sei denn, dass Korrekturvorschriften eine Durchbrechung der Bestandskraft erlauben. 0,5

Die Mitunternehmerstellung des T ist somit nicht berücksichtigungsfähig, da sie bereits im Bescheid vom 24.02.2025 inhaltlich versagt wurde und eine Korrekturvorschrift zur Änderung nicht erkennbar ist 0,5

Die Verteilung lautet daher wie zuvor: K 45%, M 5% und E 50%. 0,5

Im Falle der Erhöhung der Sonderbetriebseinnahmen um 2.000 € lagen die Voraussetzungen für eine Berichtigung gem. § 129 vor. Ausweislich des Sachverhalts lag ein Schreibfehler des Finanzamts vor, mithin eine offenbare Unrichtigkeit, die beim Erlass eines Verwaltungsakts unterlaufen ist. 0,5

Für die Minderung um 7.000 € greift dagegen keine Korrekturvorschrift: Vor allem ist § 173 Abs. 1 Nr. 2 (i. V. m. § 181 Abs. 1 S. 1) nicht anwendbar. Es liegen nämlich keine Tatsachen bzw. Beweismittel vor, die dem Finanzamt nachträglich bekannt wurden, mithin nachdem die Willensbildung über die gesonderte und einheitliche Feststellung abgeschlossen worden ist (AEAO zu § 173, Nr. 2.1). Vielmehr waren Belege über die von K privat verauslagten Zahlungen der Feststellungserklärung beigelegt gewesen. 1,5

Wegen der Minderung des Gewinns der KG um 20.000 € greift hingegen § 173 Abs. 1 Nr. 2 (i. V. m. § 181 Abs. 1 S. 1). Insoweit liegt eine rechtserhebliche Tatsache vor, die dem Finanzamt nachträglich bekannt wurden, mithin nachdem die Willensbildung über die gesonderte und einheitliche Feststellung abgeschlossen worden ist. Sie führt zu einer Minderung der festgestellten Besteuerungsgrundlagen. Den Stpfl. trifft auch kein grobes Verschulden am nachträglichen Bekanntwerden. Ein grobes Verschulden ist bei einem Buchungsversehen nicht anzunehmen. Die Anteile der Gesellschafter am Gewinn der KG sind daher insgesamt um 20.000 € zu mindern, für K erhöht sich sein Anteil am Gesamtgewinn wegen des Sonderbetriebsbereiches um 2.000 €. 2,0

#### Ergebnis für K:

- materiell zutreffende Höhe seines Gewinnanteils: 41.000 €  
(100.000 € ./ 20.000 € x 45 %, + 10.000 € + 2.000 € ./ 7.000 €)
- Änderungsrahmen:
  - o bisher bestandskräftig festgestellt: 55.000 €
  - o Änderungsuntergrenze 55.000 € ./ (20.000 € x 45 %): 46.000 €
  - o Änderungsobergrenze 55.000 € + 2.000 €: 57.000 €
- Abgleich:

Der Anteil des K ist in der Einspruchsentscheidung mit 46.000 € festzustellen, da über den bestandskräftigen Erstbescheid wegen § 351 Abs. 1 nicht hinausgegangen werden kann. Die Sonderbetriebsausgaben i. H. v. € 5.000 finden somit derzeit keine Berücksichtigung. 2,5

#### Ergebnis für E:

- materiell zutreffende Höhe seines Gewinnanteils: 36.000 €  
(100.000 € ./ 20.000 €, x 45 %)
- Änderungsrahmen:
  - o bisher bestandskräftig festgestellt: 50.000 €
  - o Änderungsuntergrenze 50.000 € ./ (20.000 € x 50 %): 40.000 €
  - o Änderungsobergrenze (unverändert): 50.000 €
- Abgleich:

Der Anteil des E ist in der Einspruchsentscheidung mit 40.000 € festzustellen, da über den bestandskräftigen Erstbescheid wegen § 351 Abs. 1 nicht hinausgegangen werden und T somit nicht als Mitunternehmer berücksichtigt werden kann. 2,5

### Ergebnis für M:

- materiell zutreffende Höhe ihres Gewinnanteils: 4.000 €  
(100.000 € ./ 20.000 €), x 5 %
- Änderungsrahmen:
  - o bisher bestandskräftig festgestellt: 5.000 €
  - o Änderungsuntergrenze 5.000 € (./ 20.000 € x 5 %): 4.000 €
  - o Änderungsobergrenze (unverändert): 5.000 €

Abgleich: Der Anteil des M ist in der Einspruchsentscheidung mit 4.000 € festzustellen.

2,5

Tenor der Einspruchsentscheidung: „Unter Abänderung des Gewinnfeststellungsbescheids 2023 vom 28.03.2025 wird der Gesamtgewinn auf 90.000 € festgestellt und den Gesellschaftern K mit 46.000 €, E mit 40.000 € und M mit 4.000 € zugerechnet“.

1,0

### Rechtsauffassung der L

Beanstandet der Steuerpflichtige im Einspruchsverfahren gegen einen Folgebescheid (insbesondere Steuerbescheid, § 182 Abs. 1) Besteuerungsgrundlagen, über die vorher in einem Grundlagenbescheid i. S. d. § 171 Abs. 10 S. 1 (also die insbesondere durch einen Feststellungsbescheid - § 179 Abs. 1 - gesondert festgestellt worden sind), so ist der Einspruch gegen den Steuerbescheid unbegründet (aber nicht unzulässig) (§ 351 Abs. 2; AEAO zu § 351, Nr. 4). Der Steuerpflichtige hätte gegen den Grundlagenbescheid vorgehen müssen, da die Besteuerungsgrundlagen nur im Feststellungsbescheid selbständig und damit anfechtbar sind. Ein Einspruch gegen den Steuerbescheid hat also keinen Erfolg.

Die Rechtsauffassung der L ist unzutreffend.

2,0

## Umsatzsteuer

35,0

Alle §§ ... ohne nähere Bezeichnung sind solche des UStG

Alle A ... ohne nähere Bezeichnung sind solche des UStAE

### 1) Unternehmer, Unternehmen Optik GmbH (O-GmbH)

Die **O-GmbH** ist **grundsätzlich Unternehmer**, da sie eine **gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig** und **nachhaltig** zur **Erzielung von Einnahmen** ausübt, **§ 2 Abs. 1 S. 1 und 3**; die O-GmbH ist grundsätzlich unternehmerfähig, A 2.1 Abs. 1 S. 1.

Das **Unternehmen umfasst** n. **§ 2 Abs. 1 S. 2** die gesamte gewerbliche oder berufliche Tätigkeit der GmbH:

#### ▪ **Fertigung von Kontaktlinsen**

Es sind aber die **Voraussetzungen der Organschaft** zwischen der Abel Optik AG (**AG**) und der **O-GmbH** zu prüfen.

0,5

#### 1.1) Finanzielle Eingliederung

Unter der **finanziellen Eingliederung** ist der **Besitz der entscheidenden Anteilsmehrheit** an der **Organgesellschaft** zu verstehen, A 2.8 Abs. 5 S. 1. Entsprechen – wie im vorliegenden Fall – die Beteiligungsverhältnisse den Stimmrechtsverhältnissen, ist die finanzielle Eingliederung gegeben, wenn die Beteiligung mehr als 50 % beträgt, A 2.8 Abs. 5 S. 2. Durch den Erwerb von 30 % der Anteile Ende des Jahres 2024 hält die **AG** somit zusammen mit den bereits ursprünglich gehaltenen 40 % der Anteile bis zum 01.07.2025 (s. Geschäftsvorfall 5) insgesamt **70 % der Anteile an der O-GmbH**. Somit **verfügt** die **AG** seit Ende 2024 bis zum 01.07.2025 über die **Mehrheit der Stimmen** in der **O-GmbH** und es ist ihr **möglich, bis zu diesem Zeitpunkt Beschlüsse** in der O-GmbH **durchzusetzen** und die finanzielle Eingliederung ist bis zu diesem Zeitpunkt gegeben, A 2.8 Abs. 5.

Durch die **Übertragung** von **30 % der Anteile** am 01.07.2025 auf die Prisma B. V. (P-BV) **fällt** die **finanzielle Eingliederung** der O-GmbH in das Unternehmen der AG wieder **weg**, da die AG nur noch 40 % der Anteile an der GmbH hält.

0,5

#### 1.2) Wirtschaftliche Eingliederung

Zwischen der AG und der O-GmbH besteht zudem seit Ende des Jahres 2024 bis zum 01.07.2025 aufgrund **personeller** und **sachlicher Verflechtung** eine **Betriebsaufspaltung**:

- Die sachliche Verflechtung liegt vor, da die AG der O-GmbH im gesamten Jahr 2025 das Patent (wesentliche Betriebsgrundlage) verpachtet, H 15.7 Abs. 5 „Wesentliche Betriebsgrundlage“ EStH.
- Die personelle Verflechtung liegt vor, da die AG bis zum 01.07.2025 70 % Anteile an der O-GmbH besitzt und somit in beiden Betrieben ihren Willen durchsetzen kann, H 15.7 Abs. 6 „Allgemeines“ EStH.

Aufgrund der vorliegenden Betriebsaufspaltung steht die **O-GmbH seit Ende 2024 bis zum 01.07.2025** als **Betriebsgesellschaft** in einem **Abhängigkeitsverhältnis** zu der **AG** als **Besitzunternehmen**, A 2.8 Abs. 6b S. 1.

Die **wirtschaftliche Eingliederung** der O-GmbH in das Unternehmen der AG ist somit bis zu diesem Zeitpunkt **gegeben**. Auch nach diesem Zeitpunkt liegt die wirtschaftliche Eingliederung vor, da die O-GmbH als Organgesellschaft nach dem Willen des Unternehmers im Rahmen des Gesamtunternehmens, und zwar in engem wirtschaftlichen Zusammenhang mit diesem, wirtschaftlich tätig ist, A 2.8 Abs. 6 S. 1. Die O-GmbH fertigt Kontaktlinsen, für die sie das von der AG überlassene Patent benötigt. **Ohne das Patent** kann die **O-GmbH** ihre **Tätigkeit nicht ausüben**.

Somit bestehen zwischen der O-GmbH und der AG mehr als nur unerhebliche wirtschaftliche Beziehungen, da insbesondere ein **Abhängigkeitsverhältnis** der O-GmbH zu der AG **besteht**, A 2.8 Abs. 6 S. 3.

Weiterhin konnte die Beteiligung an der O-GmbH dem unternehmerischen Bereich der AG zugeordnet werden, A 2.8 Abs. 6 S. 2 und A 15.22 Abs. 1.

Die **wirtschaftliche Eingliederung** ist somit das ganze Jahr 2025 **gegeben**.

0,5

### 1.3) Organisatorische Eingliederung

**Organisatorische Eingliederung** ist gegeben, **da** die AG als Organträger durch organisatorische Maßnahmen sicherstellt, dass in der O-GmbH als Organgesellschaft der **Wille der AG tatsächlich durchgeführt** wird, A 2.8 Abs. 7 S. 2. Die organisatorische Eingliederung ist vorliegend auch ohne eine personelle Verflechtung der Leitungsgremien der AG und der O-GmbH erfüllt, da die AG durch institutionell abgesicherte unmittelbare Eingriffsmöglichkeiten in den Kernbereich der laufenden Geschäftsführung der O-GmbH als Organgesellschaft die organisatorische Eingliederung sichergestellt hat, A 2.8 Abs. 10 S. 1 und 2. Die erforderliche Eingriffsmöglichkeit in die laufende Geschäftsführung wird **dadurch gewährleistet**, dass im Geschäftsführervertrag schriftlich fixiert wurde, dass die **Geschäftsführerin der O-GmbH** hinsichtlich der **laufenden Geschäftsführung** jederzeit den **Vorgaben und Weisungen** der **AG unterliegt** und bei **Verstößen haftbar** gemacht werden kann. Die Geschäftsführerin hat der AG laufend Bericht zu erstatten, A 2.8 Abs. 10 S. 3. Die organisatorische Eingliederung ist somit das ganze Jahr 2025 gegeben.

0,5

### 1.4) Organschaftsverhältnis

Zwischen der AG und der O-GmbH besteht somit seit Ende des Jahres 2024 bis 01.07.2025 ein **Organschaftsverhältnis** gem. **§ 2 Abs. 2 Nr. 2. Unternehmer** ist die **AG** als **Organträger** (vgl. unten Tz. 2); die **O-GmbH** ist als **juristische Person Organgesellschaft** und bis zu diesem Zeitpunkt **unselbständiger Bestandteil** des **Unternehmens** der AG, A 2.7 Abs. 1 S. 2 i. V. m. A 2.8 Abs. 1 S. 6.

0,5

### 1.5) Gesonderter Unternehmer bis Ende 2024 und ab 01.07.2025

Bis zum Anteilserwerb Ende des Jahres 2024 lag die finanzielle Eingliederung nicht vor. **Ab dem 01.07.2025 fällt durch** den **Verkauf der Anteile** an der **O-GmbH** von der AG an die Prisma B. V. (P-BV) die **finanzielle Eingliederung** der O-GmbH in die AG wieder **weg** (vgl. Tz. 5), da die **AG nur noch 40 % der Anteile** an der **O-GmbH hält**.

Für eine Organschaft ist es nicht ausreichend, wenn die Eingliederung lediglich auf zwei Gebieten vorliegt. Somit ist die **O-GmbH bis Ende 2024 und ab 01.07.2025** ein gesonderter **Unternehmer** i. S. d. **§ 2 Abs. 1** i. V. m. A 2.1 Abs. 1 S. 1, da sie eine gewerbliche Tätigkeit selbstständig und nachhaltig zur Erzielung von Einnahmen ausübt, § 2 Abs. 1 S. 1 und 3.

0,5

### 2) Unternehmer, Unternehmen Abel Optik AG (AG)

Die **AG** ist **Unternehmer**, da sie eine **gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig** und **nachhaltig** zur **Erzielung von Einnahmen** ausübt, **§ 2 Abs. 1 S. 1 und S. 3**; die AG ist grundsätzlich unternehmerfähig, A 2.1 Abs. 1 S. 1.

Das **Unternehmen umfasst** gem. **§ 2 Abs. 1 S. 2** die gesamte gewerbliche oder berufliche Tätigkeit der AG:

- das Optikgeschäft in Aschaffenburg
- die Filialen in ganz Deutschland
- Darlehensgewährung an die S-SRL
- die Anteile an der O-GmbH
- die unselbständige Organgesellschaft von Ende des Jahres 2024 bis 01.07.2025

0,5

### 3) Erwerb Anteile an der O-GmbH von Katja Lunzer (L)

Das bloße Erwerben, Halten und Veräußern von gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen ist grundsätzlich keine unternehmerische Tätigkeit, A 2.3 Abs. 2 S. 1. Daher kann Katja Lunzer (L) die **Beteiligung an der O-GmbH grundsätzlich nicht ihrem Unternehmen zuordnen**, A 2.3 Abs. 2 S. 5. Dies gilt für alle Unternehmer gleich welcher Rechtsform, A 2.3 Abs. 2 S. 7. Im **vorliegenden Fall** ist die **Beteiligung an der O-GmbH aber zwingend dem Unternehmensvermögen der L zuzuordnen**, da zwischen L und der O-GmbH ein **Organschaftsverhältnis** gem. **§ 2 Abs. 2 Nr. 2** bestand, da die O-GmbH finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch bis zur Anteilsveräußerung in das Unternehmen von L eingegliedert war. Nur mit der Beteiligung an der O-GmbH kann L die Organschaft begründen. Damit ist das Halten der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung eine unternehmerische Tätigkeit und die Beteiligung ist dem Unternehmen zuzuordnen, A 15.22 Abs. 1 S. 1.

0,5

Somit ist die **Veräußerung** der Beteiligung von L **steuerbar gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1**, da die **Beteiligung an der O-GmbH im unternehmerischen Bereich** gehalten wird, A 2.3 Abs. 3 S. 5 Nr. 2. Die sonstige Leistung ist **grundsätzlich gem. § 4 Nr. 8f steuerfrei**, A 4.8.10 Abs. 1.

0,5

Bei dem Verkauf der Beteiligung an die AG wurde **Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen**; dies ist als **Wunsch von L** zu werten, auf die **Steuerbefreiung** gem. § 4 Nr. 8f zu **verzichten**, § 9, A 9.1 Abs. 3 S. 5 - 7. Der Umsatz wird **an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen** ausgeführt (§ 9 Abs. 1), da die AG die **Beteiligung an der O-GmbH zwingend ihrem Unternehmensvermögen zuordnen muss**. Zwischen der Beteiligung an der O-GmbH und der unternehmerischen Haupttätigkeit besteht nämlich ein erkennbarer und objektiver wirtschaftlicher Zusammenhang, A 2.3 Abs. 4 S. 1 – 3 und A 15.22 Abs. 1 S. 1. Eine Optionsbeschränkungen nach § 9 Abs. 2 bestehen nicht, da die Anteilsabtretung nicht in § 9 Abs. 2 genannt ist.

0,5

Die **AG** hat daher mit Ablauf des **VAZ Dezember 2024** dem Grunde und der Höhe nach den vollen **Vorsteuerabzug** aus dem **Beteiligungserwerb** i. H. v. **38.000 €**, **§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 1 und 2**. Der **Vorsteuerabzug** ist unter den **allgemeinen Voraussetzungen** des § 15 möglich (A 15.22 Abs. 1 S. 2). Da die AG **keine vorsteuerschädlichen Ausgangsumsätze** gem. **§ 15 Abs. 2 und 3** tätigt, ist der Vorsteuerabzug in voller Höhe möglich.

0,5

### 4) Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Notars für die AG

Die AG hat mit Ablauf des **VAZ Dezember 2024** den Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Notars i. H. v. **380 €**, **§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 1 und 2**. Da der Bezug der Leistung des Notars nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang zu einem bestimmten Ausgangsumsatz steht, kommt es für den Vorsteuerabzug auf die **allgemeinen Grundsätze** gem. § 15 an, A 15.22 Abs. 1 S. 2. Da die AG grundsätzlich ausschließlich zum Vorsteuerabzug berechtigte Umsätze ausführt, tritt ein Ausschluss vom Vorsteuerabzug gem. § 15 Abs. 2 nicht ein.

0,5

### 5) Überlassung Patent von AG an die O-GmbH ab Ende des Jahres 2024 bis 01.07.2025

Da die **O-GmbH ab Ende des Jahres 2024 bis 01.07.2025 Organgesellschaft** von der **AG** ist, ist die **Überlassung des Patents ein nicht steuerbarer Innenumsatz**, § 1 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. A 2.7 Abs. 1 S. 3. Bereits für den VAZ Dezember 2024 liegt ein nicht steuerbarer Innenumsatz vor. Sonstige Leistungen werden grundsätzlich im Zeitpunkt ihrer Vollendung ausgeführt, A 13.1 Abs. 3. Bei Teilleistungen werden die einzelnen Teilleistungen somit mit Ablauf der einzelnen VAZ ausgeführt, d. h. die „Teilleistung Dezember 2024“ wird mit Ablauf des VAZ Dezember 2024 ausgeführt.

Zu diesem Zeitpunkt liegt jedoch bereits ein Organschaftsverhältnis zwischen der AG und der O-GmbH vor, so dass bereits für den VAZ Dezember 2024 von einem nicht steuerbaren Innenumsatz auszugehen ist. Die Rechnungen der AG an die O-GmbH sind **unternehmensinterne Buchungsbelege**, A 14.1 Abs. 4 S. 2. Der **Steuerausweis** in der **Rechnung** wird von der AG **nicht nach § 14c Abs. 2 geschuldet**, A 14.1 Abs. 4 S. 3. Der Steuerausweis **berechtigt nicht zum Vorsteuerabzug** gem. § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, A 15.2a Abs. 12 S. 1.

0,5

6) Überlassung Patent von der AG an die O-GmbH bis Ende 11/2024 und ab 01.07.2025

Die Überlassung des Patents bis 11/2024 und ab 01.07.2025 ist eine **sonstige Leistung** gem. **§ 3 Abs. 9 S. 1 und 2**. Es handelt sich um **monatliche Teilleistungen**, **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 2 und 3**, da es sich um eine teilbare Leistung handelt, die in Teilen (monatlich) geschuldet wird. **Ort** der sonstigen Leistung ist gem. **§ 3a Abs. 2 i. V. m. A 3a.2 Abs. 16** am **Sitzort des Leistungsempfängers** in **Würzburg**. Würzburg ist **Inland**, § 1 Abs. 2 S. 1, somit **steuerbar**, **§ 1 Abs. 1 Nr. 1** und **mangels § 4 steuerpflichtig**.

0,5

Entgelt (= **BMG**) nach **§ 10 Abs. 1 S. 1 und 2** **10.000 €**  
**Umsatzsteuer 19 % (§ 12 Abs. 1)** **1.900 €**

Die Übertragung von Rechten, die sich aus dem Patentgesetz ergeben, ist nicht nach § 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. c begünstigt.

**Steuerentstehung** gem. **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 1 bis 3** in **Teilleistungen** mit Ablauf der jeweiligen **VAZ Januar – November 2024 und Juli – Dezember 2025**, A 13.4. **Steuer-schuldner** ist jeweils die AG, § 13a Abs. 1 Nr. 1.

0,5

7) Vorsteuerabzug für O-GmbH aus der Überlassung des Patents bis November 2024 und ab Juli 2025

Die **O-GmbH** hat dem Grunde und der Höhe nach den Vorsteuerabzug aus der **Überlassung** des **Patents** durch die AG. Der **Vorsteuerabzug** i. H. v. **jeweils 1.900 €** ist gem. **§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 1 und 2** mit Ablauf der jeweiligen **VAZ Januar bis November 2024 und Juli bis Dezember 2025** möglich. Ein Ausschluss des Vorsteuerabzugs gem. § 15 Abs. 2 Nr. 1 tritt nicht ein.

0,5

**Geschäftsvorfälle 2025**

1) Beteiligung an der Silvio Media s.r.l. (S-SRL)

1.1) Erwerb der Beteiligung an der Silvio Media s.r.l. (S-SRL)

Das bloße **Erwerben**, Halten und Veräußern von gesellschaftsrechtlichen **Beteiligungen** ist grundsätzlich **keine unternehmerische Tätigkeit**, A 2.3 Abs. 2 S. 1. Daher kann die **AG** die **Beteiligung** an der **S-SRL** **nicht dem Unternehmen zuordnen**, A 2.3 Abs. 2 S. 5. Dies gilt für alle Unternehmer gleich welcher Rechtsform, A 2.3 Abs. 2 S. 7. Die **AG** **übt** durch die Beteiligung an der S-SRL **zwar eine „Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen“ aus**. **Gleichwohl** sind die **Gewinnbeteiligungen nicht als umsatzsteuerrechtliches Entgelt im Rahmen eines Leistungsaustausches anzusehen**, da die Gewinnbeteiligung auf dem bloßen Eigentum an der Beteiligung beruht und nicht Gegenleistung für eine unternehmerische Tätigkeit ist, A 2.3 Abs. 2 S. 1 - 3. Da keine weiteren Geschäftsbeziehungen zu der S-SRL bestehen, ist eine Zuordnung zum unternehmerischen Bereich nicht möglich. Daran ändert auch die Darlehensgewährung vom November 2025 nichts, da nicht jeder beliebige Zusammenhang zwischen dem Halten der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung und der unternehmerischen Tätigkeit ausreicht, damit das Halten der Beteiligung eine unternehmerische Tätigkeit darstellt, A 2.3 Abs. 4 S. 2.

0,5

1.2) Beratungsleistung der Aschaffenburg Rechtsanwaltskanzlei

Die **Beratungsleistungen** der Rechtsanwaltskanzlei stehen in **unmittelbarem Zusammenhang** mit dem Erwerb der Beteiligung an der **S-SRL**. Da die **Beteiligung** an der S-SRL **im nichtunternehmerischen Bereich** gehalten wird, kommt ein **Vorsteuerabzug** gem. **§ 15 Abs. 1 Nr. 1** aus den Beratungsleistungen der Aschaffenburg Rechtsanwaltskanzlei **nicht in Betracht**, da die Beratungsleistung in **direktem und unmittelbarem Zusammenhang** mit dem **nichtunternehmerischen Bereich** bezogen wird, A 15.22 Abs. 1 S. 3.

0,5

1.3) Darlehensgewährung an S-SRL

Die **Darlehensgewährung** durch die AG an die S-SRL stellt eine **sonstige Leistung** gem. **§ 3 Abs. 9 S. 1** dar. Es handelt sich dabei um **monatliche Teilleistungen**, **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 2 und 3**. Teilleistungen sind anzunehmen, da die Darlehensgewährung als teilbare Leistung nicht als Ganzes, sondern in Teilen geschuldet und bewirkt wird, da für bestimmte Teile das Entgelt gesondert vereinbart wurde, A 13.4. **Ort** der sonstigen Leistung ist grundsätzlich gem. **§ 3a Abs. 2 S. 1 i. V. m. A 3a.2 Abs. 16 am Sitzort des Leistungsempfängers** in **Mailand**. Jedoch ist das Darlehen für die **Betriebsstätte** in **Genf** bestimmt, somit ist der Ort gem. **§ 3a Abs. 2 S. 2 in Genf**, A 3a.2 Abs. 4. Der Ort der Leistung richtet sich nicht nach § 3a Abs. 4 S. 1 und 2 Nr. 6a, da der Leistungsempfänger ein Unternehmer ist. Genf ist Ausland, § 1 Abs. 2 S. 2, somit **nicht steuerbar** gem. **§ 1 Abs. 1 Nr. 1**.

1,0

1.4) Beratung durch Rechtsanwaltskanzlei Advo

Die Anwaltskanzlei Advo erbringt mit ihrem Tätigwerden gegenüber der AG eine **sonstige Leistung** gem. **§ 3 Abs. 9 S. 1**. Der **Ort** ist gem. **§ 3a Abs. 2 i. V. m. A 3a.2 Abs. 16 am Sitzort des Leistungsempfängers** in **Aschaffenburg**. Der Ort der sonstigen Leistung bestimmt sich nicht nach § 3a Abs. 4 S. 1 und 2 Nr. 3, da die AG als Leistungsempfänger ein Unternehmer ist. Aschaffenburg ist **Inland**, § 1 Abs. 2 S. 1, somit ist die sonstige Leistung gem. **§ 1 Abs. 1 Nr. 1 steuerbar** und mangels § 4 **steuerpflichtig**.

Für die sonstige Leistung der Schweizer Anwaltskanzlei Advo **schuldet** gem. **§ 13b Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13b Abs. 5 S. 1** die **AG die Steuer als Leistungsempfänger**, da sie Unternehmer ist und Advo ein **im Ausland ansässiger Unternehmer** i. S. d. **§ 13b Abs. 7 S. 1** ist. § 13b Abs. 1 greift nicht, da Advo im Drittland (Genf) und nicht im übrigen Gemeinschaftsgebiet ansässig ist.

Die Anwaltskanzlei ist kein Kleinunternehmer. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 13b Abs. 6 liegt nicht vor.

Entgelt (= **BMG**) nach **§ 10 Abs. 1 S. 1 und 2**, A 13b.13 Abs. 1 **1.500 €**

**Umsatzsteuer 19 % (§ 12 Abs. 1)**, A 13b.13 Abs. 4 **285 €**

**Steuerentstehung gem. § 13b Abs. 2 mit Ablauf des VAZ Dezember 2025** (Folgemonat der Leistungsausführung). Rechnungsstellung ohne Umsatzsteuer ist zutreffend gem. § 14a Abs. 5.

Advo und die AG müssen die Aufzeichnungspflichten gem. § 22 Abs. 2 Nr. 8 S. 1 und 2 beachten, A 13b.17.

**Zeitgleich** hat die **AG dem Grunde nach den Vorsteuerabzug gem. § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 S. 1**, A 13b.15 i. H. v. **285 €** mit Ablauf des **VAZ Dezember 2025**. Jedoch könnte die Vorsteuer gem. **§ 15 Abs. 2 Nr. 2 der Höhe nach vom Abzug ausgeschlossen** sein, da die AG die sonstige Leistung von Advo zu einer Kreditgewährung an die Betriebsstätte der S-SRL verwendet.

Dieser im Ausland ausgeführte Umsatz wäre gem. **§ 4 Nr. 8a steuerfrei**, wenn er **im Inland ausgeführt** würde. Ein Verzicht auf die Steuerbefreiung ist aus dem Sachverhalt nicht ersichtlich, da die AG weder auf die Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers hinweist noch Umsatzsteuer ausgewiesen hat. Jedoch kommt es gem. **§ 15 Abs. 3 Nr. 2 Bst. b nicht zum Ausschluss vom Vorsteuerabzug**, da der Leistungsempfänger in Genf (= Drittlandsgebiet, § 1 Abs. 2a S. 3) ansässig ist. Es ist auf den Ort der Betriebsstätte abzustellen, da die Kreditgewährung für die Betriebsstätte in Genf erfolgt, A 15.14 Abs. 3. Das Vorliegen einer Rechnung mit Umsatzsteuerausweis ist für den Vorsteuerabzug nicht erforderlich. Der Vorsteuerabzug ist somit in voller Höhe zulässig.

1,5

## 2) Neue Aktien

### 2.1) Ausgabe neuer Aktien

Die **AG** will durch die **Ausgabe der neuen Aktien** ihr **Vermögen** durch die **Beschaffung zusätzlichen Kapitals vergrößern**, wobei sie den neuen Anteilseignern ein Eigentumsrecht an einem Teil des auf diese Weise erhöhten Kapitals einräumt. Aus Sicht der AG ist das Ziel der Erwerb von Kapital und **nicht die Erbringung einer sonstigen Leistung**. Die Ausgabe neuer Aktien zur Aufbringung von Kapital stellt keinen Umsatz dar, der in den Anwendungsbereich des UStG fällt, A 15.21 Abs. 1 S. 3. Die AG bewirkt mit der Ausgabe der neuen Aktien eine **nicht steuerbare Leistung, § 1 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. A 1.6 Abs. 2 S. 1 und 2.**

0,5

### 2.2) Beratung durch Rechtsanwaltskanzlei Maier (M)

Die Anwaltskanzlei M erbringt mit ihrem Tätigwerden gegenüber der AG eine **sonstige Leistung** gem. **§ 3 Abs. 9 S. 1**. Der **Ort** ist gem. **§ 3a Abs. 2 i. V. m. A 3a.2 Abs. 16 am Sitzort des Leistungsempfängers in Aschaffenburg**. Der Ort bestimmt sich nicht nach § 3a Abs. 1, da die Leistung für das Unternehmen bezogen wird, A 15.21 Abs. 5. Aschaffenburg ist **Inland**, § 1 Abs. 2 S. 1, somit ist die sonstige Leistung gem. **§ 1 Abs. 1 Nr. 1 steuerbar** und mangels § 4 **steuerpflichtig**.

Für die sonstige Leistung der österreichischen Anwaltskanzlei **schuldet** gem. **§ 13b Abs. 1 i. V. m. § 13b Abs. 5 S. 1** die **AG die Steuer als Leistungsempfänger**, da sie Unternehmer ist und die Anwaltskanzlei ein im **übrigen Gemeinschaftsgebiet ansässiger Unternehmer** ist, **§ 13b Abs. 7 S. 2**. Die **Anwaltskanzlei gilt** als im **Ausland ansässig, obwohl sie im Inland eine Betriebsstätte unterhält, da die sonstige Leistung nicht von der Betriebsstätte ausgeführt wurde, § 13b Abs. 7 S. 3.**

Die Anwaltskanzlei ist kein Kleinunternehmer. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 13b Abs. 6 liegt nicht vor.

Entgelt (= **BMG**) nach **§ 10 Abs. 1 S. 1 und 2**, A 13b.13 Abs. 1 **5.000 €**

**Umsatzsteuer 19 % (§ 12 Abs. 1)**, A 13b.13 Abs. 4 **950 €**

**Steuerentstehung** i. H. v. **380 €** (2.000 € x 19 %) für die **Abschlagszahlung** gem. **§ 13b Abs. 4 S. 2** mit Ablauf des **VAZ Februar 2025**, da hier die Abschlagszahlung erfolgt ist. Für den Restbetrag i. H. v. **570 €** entsteht die Steuer gem. **§ 13b Abs. 1** mit **Ablauf des VAZ April 2025** (VAZ der Leistungsausführung). Hinsichtlich der Rechnungsausstellung durch M gilt § 14 Abs. 7, A 14.1 Abs. 6. Die Rechnungsstellung durch M richtet sich deshalb nach österreichischem Recht, da M und die AG kein Gutschriftsverfahren vereinbart haben, M nicht im Inland ansässig ist und einen Umsatz im Inland ausführt, für den der Leistungsempfänger (AG) die Steuer schuldet. § 14a Abs. 5 ist bereits deshalb nicht einschlägig, weil M einen Umsatz nach § 13b Abs. 1 und nicht nach § 13b Abs. 2 bewirkt. Rechnungsstellung ohne Umsatzsteuer ist nach österreichischem Recht zutreffend (§ 14a Abs. 1 analog).

M und die AG müssen die Aufzeichnungspflichten gem. § 22 Abs. 2 Nr. 8 S. 1 und 2 beachten, A 13b.17.

1,5

**Zeitgleich** hat die **AG** den **Vorsteuerabzug** gem. **§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 S. 2**, A 13b.15 i. H. v. **380 €** mit Ablauf des **VAZ Februar 2025**. Für den Restbetrag i. H. v. **570 €** hat die **AG** den **Vorsteuerabzug** gem. **§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 S. 1**, mit Ablauf des **VAZ April 2025**. Der **Vorsteuerabzug** aus der Beratungsleistung ist **möglich, da** die **bezogenen Beratungsleistungen zu den Kostenelementen der "versteuerten"**, zum **Vorsteuerabzug berechtigenden Ausgangsumsätze gehören**, A 15.21 Abs. 4 S. 1.

0,5

Bei der Ausgabe neuer Aktien ist **diese Voraussetzung** ungeachtet der Nichtsteuerbarkeit dieses Vorgangs für die mit der Ausgabe der Anteile im Zusammenhang stehende Beratungsleistung **erfüllt, da** die Ausgabe neuer Aktien erfolgte, um das **Kapital der AG** zugunsten ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit im Allgemeinen zu **stärken** und die **Kosten der Beratungsleistung**, die die AG in diesem Zusammenhang bezogen hat, Teil ihrer allgemeinen Kosten sind und somit **zu den Preiselementen ihrer Produkte gehören**, A 15.21 Abs. 4 S. 2.

0,5

### 3) Volvo

#### 3.1) Erwerb Volvo von Auto-Händler Johannson (J)

Der **Erwerb** des **Volvo** für die Nutzung durch die Geschäftsführerin stellt einen **innergemeinschaftlichen Erwerb** gem. **§ 1a** dar, **da**

- der **Volvo** bei der Lieferung **von einem Mitgliedsstaat (Schweden) in einen anderen Mitgliedsstaat (Deutschland) gelangt**, **§ 1a Abs. 1 Nr. 1**,
- die **O-GmbH (Organgesellschaft)** als **unselbständiger Bestandteil des Unternehmens** der AG **Anlagevermögen erwirbt**, **§ 1a Abs. 1 Nr. 2a**,
- die **Lieferung durch** den Unternehmer Johannson (J) **gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens** erfolgt, **§ 1a Abs. 1 Nr. 3a**,
- **J in Schweden kein Kleinunternehmer** ist; er **verwendet** gegenüber der **O-GmbH** seine zutreffende **schwedische USt-IdNr.**, **§ 1a Abs. 1 Nr. 3b**.

Der **Ort** ist gem. **§ 3d S. 1** am **Ende der Beförderung**, somit **Würzburg**. Würzburg ist **Inland** gem. **§ 1 Abs. 2 S. 1**, somit **steuerbar nach § 1 Abs. 1 Nr. 5** und mangels Steuerbefreiung gem. **§ 4b steuerpflichtig**.

#### Entgelt (= BMG) nach § 10 Abs. 1 S. 1 und 2

Kaufpreis Volvo	51.000 €
./. <b> Kaufpreisminderung</b> , § 437 Nr. 2 BGB i. V. m. § 441 BGB	./. <b> 1.000 €</b>
Die Minderung wegen der mangelhaften Lieferung führt zu einer <u>Herabsetzung des Kaufpreises und damit zu einer Minderung der BMG</u>	
BMG	50.000 €
<b>Umsatzsteuer 19 % (§ 12 Abs. 1)</b>	<b>9.500 €</b>

**§ 17** ist **nicht anzuwenden**, da **Steuerentstehung** aufgrund des **innergemeinschaftlichen Erwerbs** und **Inanspruchnahme des Preisnachlasses** im **gleichen VAZ** erfolgen. **§ 17** erfasst Ereignisse und Umstände, die nach der erstmaligen Entstehung der Steuer für den Umsatz bzw. für den Vorsteuerabzug eingetreten sind. Tritt dagegen eine Änderung der Bemessungsgrundlage bereits während des Voranmeldungszeitraums ein, mit dessen Ablauf die Umsatzsteuerschuld erst entsteht, so richtet sich die Umsatzsteuerschuld in ihrer Höhe von vornherein nach der geänderten Bemessungsgrundlage, wie den Vorschriften der §§ 10, 13, 16 und 18 zu entnehmen ist. Für die Annahme einer Berichtigungspflicht i. S. d. **§ 17** gibt es unter diesen Umständen keinen Anwendungsbedarf.

**Steuerentstehung** gem. **§ 13 Abs. 1 Nr. 6** mit Ablauf des **VAZ April 2025 (Ausstellung der Rechnung)**. Die **geleistete Anzahlung** löst **keine Erwerbsbesteuerung** aus, da eine Steuerentstehung vor Erfüllung des Erwerbstatbestandes beim innergemeinschaftlichen Erwerb nicht vorgesehen ist.

Steuerschuldner ist die AG als Organträger, **§ 13a Abs. 1 Nr. 2**.

**Zeitgleich** hat die AG den **Vorsteuerabzug** gem. **§ 15 Abs. 1 Nr. 3** i. V. m. A 15.10 Abs. 3 i. H. v. **9.500 €** mit Ablauf des **VAZ April 2025**. Gegenüber J tritt lediglich die **O-GmbH** auf und **bestellt** den **Pkw** in **eigenem Namen**. Damit ist die **O-GmbH Leistungsempfänger** der Lieferung von J, da sie aus dem **schuldrechtlichen Vertragsverhältnis verpflichtet** ist, A 15.2b Abs. 1. Da **L** die **Zuzahlung** an die **O-GmbH** leistet, hat die **AG** als **Organträger** den **Vorsteuerabzug** aus den **gesamten Anschaffungskosten**.

2,0

3.2) Fahrzeugüberlassung an Katja Lunzer (L)

Die **Überlassung** des **Pkw** an die Geschäftsführerin L erfolgt **entgeltlich**, da die Überlassung an die Arbeitnehmerin im **Arbeitsvertrag geregelt** ist und für eine **gewisse Dauer** erfolgt, A 15.23 Abs. 9 S. 1 i. V. m. A 1.8 Abs. 1. Die entgeltliche Überlassung als Sachlohn ist eine **sonstige Leistung** i. S. d. **§ 3 Abs. 9 S. 1 und 2**.

Es handelt sich um einen **tauschähnlichen Umsatz**, da das Entgelt für eine sonstige Leistung in einer sonstigen Leistung besteht **§ 3 Abs. 12 S. 2**, A 15.23 Abs. 10 S. 1.

0,5

Bei der Fahrzeugüberlassung handelt es sich um **monatliche Teilleistungen**, da es sich um eine teilbare Leistung handelt, die in Teilen (monatlich) geschuldet und bewirkt wird, **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 2 und 3** i. V. m. A 13.4. Es liegt eine **langfristige Vermietung** eines **Beförderungsmittels** vor, da der **Vermietungszeitraum** über einen **ununterbrochenen Zeitraum von 30 Tagen hinausgeht**.

Somit findet § 3a Abs. 3 Nr. 2 S. 1 keine Anwendung. Der Leistungsort ist gem. § 3a Abs. 3 Nr. 2 S. 3 i. V. m. A 3a.5 Abs. 7 der **Wohnsitz** (A 3a.1 Abs. 1 S. 9) des **Leistungsempfängers** in **Würzburg**, da der Leistungsempfänger L ein Nichtunternehmer ist. Würzburg ist **Inland**, § 1 Abs. 2 S. 1, somit ist die Fahrzeugüberlassung jeweils **steuerbar**, **§ 1 Abs. 1 Nr. 1**, mangels § 4 **steuerpflichtig**.

0,5

**BMG, § 10 Abs. 2 S. 2** i. V. m. **§ 10 Abs. 1 S. 1**: Der lohnsteuerliche private Nutzungswert wird mit Hilfe eines **ordnungsgemäßen Fahrtenbuchs** nachgewiesen, daher ist das aufgrund des Fahrtenbuchs ermittelte **Nutzungsverhältnis auch** bei der **Umsatzsteuer zugrunde zu legen**, A 1.8 Abs. 8 i. V. m. 15.23 Abs. 11 S. 2 Nr. 2.

0,5

Ermittlung Privatanteil

gesamte Fahrleistung:	20.000 km	
<b>Wohnung – Arbeitsstätte</b> (A 15.23 Abs. 11 S. 2 Nr. 2)		
160 Tage x 10 km x 2	3.200 km	
<b>Sonstige Privatfahrten</b>	<u>4.800 km</u>	
Summe Privatfahrten	8.000 km	
<b>Benzin</b>	<b>1.250 €</b>	
<b>Inspektion</b>	<b>500 €</b>	0,5

**Anschaffungskosten** des **Pkw verteilt** auf Nutzungsdauer von **8 Jahren** gem. **§ 15a Abs. 1 S. 1**, A 15.23 Abs. 11 S. 2 Nr. 2 Beispiel 2

**50.000 € / 8 x 9/12** **4.688 €**

Der **Zuschuss** der **Geschäftsführerin** bleibt für Zwecke der Umsatzsteuer bei den AfA-Beträgen **unberücksichtigt**, so dass die **ungekürzten Anschaffungskosten** des **Fahrzeugs anzusetzen** sind, vgl. BMF vom 30.12.1997 (Beck'sche StErlasse 500/§ 15/11).

**Steuer und Versicherung** dürfen **nicht aus den Gesamtkosten ausgeschieden** werden, auch wenn ein Vorsteuerabzug nicht möglich ist (A 15.23 Abs. 11 S. 2 Nr. 2 S. 3). Allerdings handelt es sich um einen Jahresbetrag, so dass nur 9/12 zu berücksichtigen sind. **750 €**

Ausgaben bzw. Kosten insgesamt 2025	7.188 €
<b>hiervon 40 % (Anteil der Privatfahrten 8.000 km/20.000 km)</b>	2.875 €
<b>USt 19 % (§ 12 Abs. 1)</b>	<b>546 €</b>

**Steuerentstehung anteilig** gem. **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 1 bis 3** mit Ablauf der **jeweiligen VAZ 2025** der Pkw-Überlassung, eine exakte Zuordnung der Aufwendungen zu den einzelnen VAZ ist aufgrund fehlender Angaben im Sachverhalt jedoch nicht möglich. **Steuerschuldner** ist **bis** einschließlich Juni 2025 die **AG** als Organträger bzw. **ab Juli 2025** die **O-GmbH** als **eigenständiger Unternehmer**, § 13a Abs. 1 Nr. 1. Die Pkw-Überlassung im Juli 2025 ist in vollem Umfang der O-GmbH zuzurechnen, da der Zeitpunkt der Leistungserbringung nach Beendigung der Organschaft liegt, A 13.1 Abs. 3.

1,0

3.3) Vorsteuerabzug aus Benzinkosten

Die **AG** hat als Organträger **bis 01.07.2025** den Vorsteuerabzug aus den **Benzinkosten**. **Ab 01.07.2025** hat die **O-GmbH** als eigenständiger Unternehmer den Vorsteuerabzug aus den Benzinkosten. Der **Vorsteuerabzug** i. H. v. **insgesamt 238 €** ist gem. **§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 1 und 2** mit Ablauf der jeweiligen **VAZ April bis Dezember 2025** anteilig möglich. Ein Ausschluss vom Vorsteuerabzug gem. § 15 Abs. 2 tritt nicht ein.

0,5

3.4) Vorsteuerabzug aus Inspektion

Die **AG** hat bei **Vorliegen** der **Rechnung** im **VAZ Juli 2025** den **Vorsteuerabzug** aus der Inspektion i. H. v. **95 €** gem. **§ 15 Abs. 1 Nr. 1 S. 1 u. 2**. Für die **Zurechnung** des **Vorsteueranspruchs** ist der **Leistungsbezug** als **auslösendes Ereignis entscheidend**. Vorsteuern aus Leistungen, die die O-GmbH als Organgesellschaft vor Beendigung der Organschaft bezieht, stehen der AG als Organträger zu, unabhängig davon, ob sämtliche materiell-rechtlichen Voraussetzungen (Vorliegen der Rechnung) des § 15 erfüllt sind. Der **Vorsteuerabzug** i. H. v. **95 €** aus der Rechnung vom 08.07.2025 steht in **vollem Umfang** der **AG** als **Organträger** zu, da im **Zeitpunkt** des **Leistungsbezugs** durch die **O-GmbH** die **Organschaft noch bestanden** hat, vgl. OFD Frankfurt vom 11.06.2014, S 7105 A - 21 - St 110, Tz. 3.2.

0,5

4) Kontaktlinsen

4.1) Verkauf Kontaktlinsen

Der **Verkauf** der **Kontaktlinsen** stellt eine **Lieferung** gem. **§ 3 Abs. 1** dar. Der Ort der Lieferung ist gem. **§ 3 Abs. 6 S. 1** i. V. m. § 3 Abs. 5a in **Würzburg**. Würzburg ist Inland gem. § 1 Abs. 2 S. 1, somit **steuerbar** nach **§ 1 Abs. 1 Nr. 1**, mangels § 4 **steuerpflichtig**.

Entgelt (= <b>BMG</b> ) gem. <b>§ 10 Abs. 1 S. 1 und 2</b>	<b>400 €</b>
<b>Umsatzsteuer 19 %</b> (§ 12 Abs. 1)	<b>76 €</b>

**Steuerentstehung** gem. **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 1** mit Ablauf des **VAZ Juni 2025**. **Steuerschuldner** ist die AG als Organträger, § 13a Abs. 1 Nr. 1.

1,0

4.2) Berichtigung Bemessungsgrundlage

Die trotz Mahnung **nicht erfolgten Zahlungen führen** noch **nicht dazu**, dass die **Forderung** der **O-GmbH uneinbringlich** i. S. d. **§ 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 1** i. V. m. § 17 Abs. 1 S. 1 und 8 wird. Die **Abtretung** der **Forderung** an die FS-GmbH führt auch noch **nicht** zu einer **Änderung** der **BMG**, da von den Aufwendungen des Leistungsempfängers Frau Weiß und nicht vom vereinnahmten Betrag der O-GmbH auszugehen ist, A 10.1 Abs. 4 und A 17.1 Abs. 6.

Durch die **Zahlungsunfähigkeit** von **Frau Weiß** wird die **Forderung uneinbringlich**, A 17.1 Abs. 5 S. 2. Hierdurch **ändert** sich die **BMG** i. S. d. § 10. Somit ist gem. **§ 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 1** i. V. m. **§ 17 Abs. 1 S. 1** die **Umsatzsteuer** zu **berichtigen**. Die FS-GmbH überweist an die O-GmbH 119 €. Dies entspricht 50 % des eingezogenen Betrags. Somit hat Frau Weiß 238 € aufgewendet.

Zahlung von Frau Weiß	238 €
Umsatzsteuer 19 % (§ 12 Abs. 1) 19/119	38 €
<u>Bisherige Umsatzsteuer für Kontaktlinsen</u>	<u>76 €</u>
<b>Änderung</b>	<b>38 €</b>

1,0

Die **Berichtigung** i. H. v. 38 € ist im **VAZ Oktober 2025** gem. **§ 17 Abs. 1 S. 8** i. V. m. A 17.1 Abs. 2 S. 1 und 2 durchzuführen. Das auslösende Ereignis für die Berichtigung (**Zahlungsunfähigkeit**) tritt **nach Beendigung** der **Organschaft** ein, **somit ist die Berichtigung durch die O-GmbH durchzuführen.**

0,5

#### 4.3) Abtretung Forderung an FS-GmbH

Die **O-GmbH** erbringt mit der Abtretung der Forderung **keine Leistung** an die **FS-GmbH**. Die **FS-GmbH** erbringt eine **sonstige Leistung** gem. **§ 3 Abs. 9 S. 1**, die im **Einzug** der **Forderung** besteht, A 2.4 Abs. 3 S. 1 und 2. Es liegt keine zahlungsgestörte Forderung i. S. d. A 2.4 Abs. 7 vor. Die **Abtretung** der **Forderung** an die FS-GmbH erfolgt im Rahmen einer **nicht steuerbaren Leistungsbeistellung**, A 2.4 Abs. 3 S. 3.

0,5

**Ort** der sonstigen Leistung der FS-GmbH ist gem. **§ 3a Abs. 2** i. V. m. A 3a.2 Abs. 16 am **Sitzort** des **Leistungsempfängers** in **Würzburg**. Würzburg ist **Inland**, § 1 Abs. 2 S. 1. Somit ist die sonstige Leistung gem. **§ 1 Abs. 1 Nr. 1** **steuerbar** und **steuerpflichtig**. Die Steuerbefreiung nach **§ 4 Nr. 8c** **greift nicht**, A 2.4 Abs. 4 S. 3.

Entgelt (=BMG) gem. **§ 10 Abs. 1 S. 1 und 2**

einbehaltener Betrag

119 €

./ USt 19 % (§ 12 Abs. 1) 19/119

./ 19 €

**BMG**

**100 €**

**Steuerentstehung** gem. **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 1** mit Ablauf des **VAZ Oktober 2025**. **Steuerschuldner** ist die FS-GmbH, § 13a Abs. 1 Nr. 1.

0,5

#### 4.4) Vorsteuerabzug der O-GmbH

Die **O-GmbH** hat den Vorsteuerabzug aus der **Factoringleistung** i. H. v. **19 €** gem. **§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 1 und 2** mit Ablauf des **VAZ Oktober 2025**. Ein Ausschluss vom Vorsteuerabzug gem. § 15 Abs. 2 tritt nicht ein.

0,5

#### 4.5) Verkauf Kontaktlinsen an W

Der Verkauf der Kontaktlinsen ist eine **Lieferung**, **§ 3 Abs. 1**. Da die O-GmbH die Kontaktlinsen von einem EU-Mitgliedstaat (Italien) in einen anderen EU-Mitgliedstaat (Deutschland) versendet (§ 3 Abs. 6 S. 3 und 4), ist abweichend von § 3 Abs. 6 die Ortsbestimmung gem. **§ 3c Abs. 1** i. V. m. § 3 Abs. 5a für **innergemeinschaftliche Fernverkäufe** anzuwenden:

- die Ware gelangt vom Gebiet eines **anderen EU-Mitgliedstaates (Italien)** ins **Inland**, **§ 3c Abs. 1 S. 1**; die **Versendung** erfolgt **durch** die **O-GmbH** als Lieferer, **§ 3c Abs. 1 S. 1** i. V. m. A 3c.1 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 S. 1,
- der **Abnehmer (Privatperson)** gehört zu dem in **§ 3a Abs. 5 S. 1** i. V. m. A 3c.1 Abs. 2 S. 1 **genannten Personenkreis**, § 3c Abs. 1 S. 3, die **Erwerbsschwelle** ist in diesem Fall **nicht zu prüfen**,
- der **Ausschlusstatbestand** des **§ 3c Abs. 4 S. 1** (Umsatzschwelle von 10.000 € für nur in einem EU-Mitgliedstaat ansässige liefernde Unternehmer wird im vorangegangenen und laufenden Kalenderjahr nicht überschritten) **greift nicht** (vgl. „allgemeine Hinweise“).

Leistungsort ist dort, wo die Versendung endet. Somit Goldbach; **Goldbach** ist **Inland**, § 1 Abs. 2 S. 1. Somit ist die Lieferung gem. **§ 1 Abs. 1 Nr. 1** **steuerbar** und **steuerpflichtig**.

Entgelt (=BMG) gem. **§ 10 Abs. 1 S. 1 und 2**

Kaufpreis

300 €

./ USt 19 % (§ 12 Abs. 1) 19/119

./ 48 €

**BMG**

**252 €**

**Steuerentstehung** gem. **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 1** mit Ablauf des **VAZ Juli 2025**. Steuer-  
schuldner ist die O-GmbH, § 13a Abs. 1 Nr. 1.

1,5

*Hinweis:*

*Sofern die O-GmbH am One-Stop-Shop teilnimmt, ist auch dieser Umsatz vorrangig über den One-Stop-Shop und damit nicht im allgemeinen Besteuerungsverfahren zu erklären. Anzeige gegenüber BZSt, § 18j Abs. 1. Teilnahme nur einheitlich für alle Mitgliedstaaten möglich, in denen die O-GmbH Leistungen nach § 18j Abs. 1 S. 1 erbringt, § 18j Abs. 1 S. 4. Daher auch für Deutschland. Entstehung, § 13 Abs. 1 Nr. 1g, VAZ 3. Quartal 2025, da Besteuerungszeitraum das Kalendervierteljahr ist, § 16 Abs. 1d.*

*Abgabe USt-Erklärung auf elektronischem Weg an BZSt innerhalb eines Monats nach Ende Besteuerungszeitraum (=Kalendervierteljahr) = 30.10.2025, § 18j Abs. 4 S. 1.*

#### 4.6) Transport der Kontaktlinsen nach Bozen

Mit dem Transport der Kontaktlinsen nach Bozen bewirkt die O-GmbH eine **fiktive Lieferung** gem. **§ 3 Abs. 1a** i. V. m. **§ 6a Abs. 2** in Deutschland, da

- die **Kontaktlinsen** aus dem Gebiet eines Mitgliedstaates (**Deutschland**) in das Gebiet eines anderen Mitgliedstaates (**Italien**) **befördert** worden sind, A 1a.2 Abs. 1 S. 3 i. V. m. A 1a.2 Abs. 3 S. 1;
- die **Kontaktlinsen** sich **nach dem Verbringen** nach Bozen **weiterhin** in der **Verfügungsmacht** der **O-GmbH** befinden, A 1a.2 Abs. 4;
- das Verbringen zu einer **nicht nur vorübergehenden Verwendung** (Verkauf) erfolgt, A 1a.2 Abs. 6 S. 1 und 3.

Die **O-GmbH** gilt gem. **§ 3 Abs. 1a S. 2 als Lieferer**. Ort der Lieferung ist gem. **§ 3 Abs. 6 S. 1 u. 2** i. V. m. § 3 Abs. 5a in Würzburg. Würzburg ist **Inland**, § 1 Abs. 2 S. 1; somit **steuerbar**, **§ 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1**.

Die Lieferung **gilt als innergemeinschaftliche Lieferung**, **§ 6a Abs. 2** und ist gem. **§ 4 Nr. 1b steuerfrei**, da die **O-GmbH** über die **notwendigen Nachweise verfügt**, **§ 6a Abs. 3**, § 17d Abs. 3 UStDV (vgl. Allgemeine Hinweise).

Die steuerfreie Bemessungsgrundlage ist gem. § 10 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 der Einkaufspreis im Zeitpunkt des Umsatzes.

Beim innergemeinschaftlichen Verbringen greift die Verpflichtung zur Ausstellung einer Rechnung nicht, A 14a.1 Abs. 5 S. 1. Die O-GmbH hat eine „**Pro-forma-Rechnung**“ zu erstellen, in der sie den verbrachten Gegenstand, die BMG und die USt-IdNrn. angeben muss, A 14a.1 Abs. 5 S. 2.

Die Erklärungspflichten gem. § 18a (Zusammenfassende Meldung) und § 18b (Vor anmeldungsverfahren und Jahreserklärung) sind durch die O-GmbH im Inland zu beachten.

1,0

#### 5) Beteiligung O-GmbH

##### 5.1) Veräußerung Beteiligung an der O-GmbH

Mit dem **Verkauf** der **Beteiligung** an der O-GmbH erbringt die AG eine **sonstige Leistung** gem. **§ 3 Abs. 9** i. V. m. A 3.1 Abs. 1 S. 6 und A 3.5 Abs. 8, da die Beteiligung im Unternehmensvermögen gehalten wurde (s. o.). Ort ist gem. **§ 3a Abs. 2** i. V. m. A 3a.2 Abs. 16 am **Sitzort des Leistungsempfängers** in **Den Haag**. Den Haag ist übriges Gemeinschaftsgebiet, § 1 Abs. 2a S. 1. Somit ist die sonstige Leistung gem. **§ 1 Abs. 1 Nr. 1** im **Inland nicht steuerbar**. Der Ort richtet sich nach § 3a Abs. 2, da die Prisma B. V. die **Beteiligung an der O-GmbH zur Förderung der unternehmerischen Tätigkeit** erwirbt (**Einflussnahme auf O-GmbH als Konkurrenten**), A 2.3 Abs. 3 S. 5 Nr. 2. Somit ist die Beteiligung dem Unternehmen der P-BV zuzuordnen, A 15.22.

0,5

5.2) Vorsteuerabzug aus der Beratungsleistung

Die **AG** hat dem Grunde nach den Vorsteuerabzug aus der Beratungsleistung der Aschaffenburger Rechtsanwaltskanzlei i. H. v. **950 €** mit Ablauf des **VAZ Juli 2025**, da sich die GmbH-Anteile im Unternehmensvermögen der AG befanden, **§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 1 und 2** i. V. m. A 15.2c Abs. 2 Nr. 1 S. 1. Wäre der Umsatz jedoch **im Inland** ausgeführt worden, wäre der Umsatz gem. **§ 4 Nr. 8f steuerfrei**. Somit ist die Vorsteuer gem. **§ 15 Abs. 2 S. 1 Nr. 2** in voller Höhe vom **Vorsteuerabzug ausgeschlossen**, da sie im **direkten und unmittelbaren Zusammenhang** mit der **Übertragung** der GmbH-Anteile steht, A 15.22 Abs. 2 S. 3 und 5. Eine Rückausnahme gem. § 15 Abs. 3 liegt nicht vor.

1,0

5.3) Vorsteuerberichtigung wegen Veräußerung Beteiligung an der O-GmbH

Am 01.07.2025 veräußert die AG die **Beteiligung** an der **O-GmbH**. Durch die **Veräußerung** liegt eine **Änderung der Verhältnisse im Berichtigungszeitraum** gem. § 15a vor, da sich durch die **tatsächliche Nutzung** im Jahr 2025 ein **anderer Vorsteuerabzug** als der **ursprüngliche** vorgenommene **Vorsteuerabzug** ergibt, A 15a.2 Abs. 2 S. 3 Nr. 1. Der **Vorsteuerabzug** aus der **Veräußerung** ist gem. **§ 15 Abs. 2 S. 1 Nr. 2** i. V. m. **§ 4 Nr. 8f ausgeschlossen**. Die Veräußerung der Beteiligung stellt eine sonstige Leistung dar. Bei der **Beteiligung** handelt es sich daher um eine **sonstige Leistung**, die **nicht unter § 15a Abs. 3 S. 1 fällt** und somit um ein Berichtigungsobjekt i. S. d. § 15a Abs. 4, A 15a.1 Abs. 2 Nr. 5 und A 15a.7 Abs. 1.

Bei der AG ist daher die **Vorsteuerberichtigung** gem. **§ 15a Abs. 4** i. V. m. **§ 15a Abs. 1** i. V. m. § 15a Abs. 8 zu prüfen. Die **AG** ist bei bestehender Buchführungspflicht **verpflichtet**, die **Beteiligung** in der **Steuerbilanz** zu **aktivieren** gem. § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG, § 15a Abs. 4 S. 2.

Die auf die Beteiligung entfallende **Vorsteuer** beträgt **38.000 €**. Die Grenze des **§ 44 Abs. 1 UStDV (1.000 €)** wird **überschritten**. Die Vereinfachungsregelung **greift** damit **nicht**.

Der **Berichtigungszeitraum** beträgt **fünf Jahre, § 15a Abs. 1 S. 1**. Er **beginnt** grundsätzlich Ende des Jahres 2024. Der Beginn des maßgeblichen Berichtigungszeitraums ist nach § 45 S. 1 UStDV analog zu berichtigen, vgl. A 15a.3 Abs. 1 S. 6 und Abs. 6. Der Berichtigungszeitraum beginnt somit am **01.01.2025** und **endet** mit **Ablauf** des **31.12.2029**, § 45 S. 1 UStDV i. V. m. A 15a.3 Abs. 6

Der Vorsteueranteil (**Jahresbetrag**) für das Kalenderjahr 2025 beträgt **7.600 € (1/5 von 38.000 €)** gem. **§ 15a Abs. 5 S. 1** i. V. m. § 15a Abs. 1 S. 1.

1,0

**Vorgenommener Vorsteuerabzug** nach den tatsächlichen Verhältnissen im Zeitpunkt des Leistungsbezugs gem. § 15 Abs. 1 Nr. 1 i. H. v. **100 %** (Nutzung zu steuerpflichtigen Ausgangsumsätzen).

Die Berichtigung nach **§ 15a Abs. 8** ist so vorzunehmen, als wäre die Beteiligung in der Zeit von der **Veräußerung bis** zum **Ablauf** des maßgeblichen Berichtigungszeitraums **ausschließlich** für **Ausschlussumsätze** weiterhin für das Unternehmen verwendet worden, **§ 15a Abs. 9**.

Zum **01.07.2025** beträgt der **Vorsteuerabzug** für das Kalenderjahr **2025** aufgrund der **tatsächlichen Nutzung zu Abzugsumsätzen 50 %**. Dieser Prozentsatz ermittelt sich nach A 15a.2 Abs. 5 u. 9 wie folgt:

<b>6 Monate x 100 % Vorsteuerabzug</b>	<b>600 %</b>
<b>+ 6 Monate x 0 % Vorsteuerabzug</b>	<b>0 %</b>
<b>= Summe</b>	<b>600 %</b>
<b>: durch Anzahl der Monate der Nutzung</b>	<b>12</b>
<b>= Prozentsatz für den Vorsteuerabzug im Jahr 2025</b>	<b>50 %</b>

Der **Vorsteuerabzug verringert** sich um **50 %** (100 % ./ 50 %). Die Abweichung beträgt **mindestens 10 %**, somit ist die **Höhe des Korrekturbetrages nicht maßgebend, § 44 Abs. 2 S. 1 UStDV**. Damit ist die Vorsteuerberichtigung durchzuführen.

Die Höhe der durchzuführenden Vorsteuerberichtigung (Rückzahlung) beträgt **3.800 €** (50 % x 7.600 €). Die **Berichtigung erfolgt im VAZ der sonstigen Leistung**, somit **Juli 2025, § 44 Abs. 3 S. 2 UStDV**.

Ab 2026 beträgt der **Vorsteuerabzug aufgrund der Fiktion des § 15a Abs. 9 0 %**. Dieser Prozentsatz ermittelt sich nach A 15a.2 Abs. 5 u. 9 wie folgt:

12 Monate x 0 % Vorsteuerabzug	0 %
: durch Anzahl der Monate der Nutzung	12
= Prozentsatz für den Vorsteuerabzug ab dem Jahr 2026	0 %

Der **Vorsteuerabzug verringert** sich um **100 %** (100 % ./ 0 %). Die Abweichung beträgt **mindestens 10 %**, somit ist die **Höhe des Korrekturbetrages nicht maßgebend, § 44 Abs. 2 S. 1 UStDV**. Damit ist die Vorsteuerberichtigung durchzuführen.

1,0

Die Höhe der **durchzuführenden Vorsteuerberichtigung** (Rückzahlung) beträgt für die Jahre **2026 bis 2026 jeweils 7.600 €**. **Somit 30.400 €**. Die **Berichtigung erfolgt im VAZ der sonstigen Leistung** somit **Juli 2025, § 44 Abs. 3 S. 2 UStDV**.

Somit ergibt sich insgesamt folgende Vorsteuerberichtigung:

2025	3.800 €
<u>2026 – 2029: 4 Jahre x 7.600 €</u>	<u>30.400 €</u>
Summe	34.200 €

Eine Vorsteuerberichtigung für die Leistung des Notars im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb kommt nicht in Betracht, da die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer lediglich 380 € beträgt. Die Grenze des § 44 Abs. 1 UStDV (1.000 €) wird somit nicht überschritten.

0,5

## 6) Photovoltaikanlagen

### 6.1) Prüfung Kleinunternehmerregelung

Zu prüfen ist, ob für Marco Abel in 2024 und 2025 die Kleinunternehmerregelung i. S. d. § 19 zur Anwendung kommt oder ob er der Regelbesteuerung nach §§ 1 – 18 unterliegt.

#### 2024

Gem. **§ 19 Abs. 1 S. 1 i. V. m. A 19.1 Abs. 1 und 2** ist der **tatsächliche Umsatz des vorangegangenen Kalenderjahres 2023 und der voraussichtliche Umsatz im laufenden Kalenderjahr 2024** maßgebend für die Beurteilung der Kleinunternehmerregelung.

Der Gesamtumsatz i. S. d. § 19 Abs. 3 ist stets nach vereinnahmten Entgelten zu berechnen, A 19.1 Abs. 2 S. 2.

Jahresgesamtumsatz 2023 und 2024 gem. § 19 Abs. 3 S. 1:

<b>Gesamtumsatz netto gem. § 19 Abs. 3 i. V. m. A 19.3 Abs. 1 (18,5 ct/kWh x 8.000 kWh x 100/119)</b>	<b>1.244 €</b>
+ Umsatzsteuer 19 %, § 19 Abs. 1 S. 1 und A 19.1 Abs. 2 S. 3	236 €
<b>= Umsatz gem. § 19 Abs. 1</b>	<b>1.480 €</b>

Somit wird weder die Umsatzgrenze i. H. v. 22.000 € für das vorangegangene Kalenderjahr noch von 50.000 € für das laufende Kalenderjahr 2024 überschritten. Im Kalenderjahr 2024 findet die Kleinunternehmerregelung nach § 19 Anwendung.

**2025**

Gem. **§ 19 Abs. 1 S. 1** ist der **tatsächliche Umsatz** des **vorangegangenen Kalenderjahres 2024 und** der **Umsatz** im **laufenden Kalenderjahr 2025** maßgebend für die Beurteilung der Kleinunternehmerregelung.

Der Gesamtumsatz i. S. d. § 19 Abs. 2 ist stets nach vereinnahmten Entgelten zu berechnen.

Jahresgesamtumsatz vorangegangenes Kalenderjahr 2024 gem. § 19 Abs. 2:

<b>Gesamtumsatz netto gem. § 19 Abs. 2</b> (18,5 ct/kWh x 8.000 kWh x 100/119)	<b>1.244 €</b>
--	----------------

Somit wurde die Umsatzgrenze i. H. v. 25.000 € für das vorangegangene Kalenderjahr nicht überschritten und im laufenden Kalenderjahr übersteigt der Umsatz nicht 100.000 €. Im Kalenderjahr 2025 findet die Kleinunternehmerregelung nach § 19 Anwendung. **2,0**

**6.2) Einspeisung Strom**

Die **Einspeisung** des **Stroms** in das örtliche Elektrizitätsnetz, stellt eine **Lieferung** gem. **§ 3 Abs. 1** i. V. m. A 3.1 Abs. 1 S. 1, 2 dar. **Ort** ist gem. **§ 3g Abs. 1** i. V. m. § 3 Abs. 5a an dem Ort, an dem der Abnehmer sein Unternehmen betreibt, in **Aschaffenburg**. Dies ist **Inland**, § 1 Abs. 2 S. 1. Somit ist der Umsatz **steuerbar**, **§ 1 Abs. 1 Nr. 1**.

**2024**

mangels § 4 **steuerpflichtig**.

Entgelt (= **BMG**) nach **§ 10 Abs. 1 S. 1 und 2**

18,5 ct/kWh x 8.000 kWh x 100/119

**1.244 €**

**Umsatzsteuer 19 % (§ 12 Abs. 1) 19/119**

**236 €**

**Steuerentstehung** gem. **§ 13 Abs. 1 Nr. 1a S. 4** anteilig mit Ablauf der jeweiligen **VAZ** der **Vereinnahmung** im Jahr 2024. Es liegen keine Teilleistungen vor. Steuerschuldner ist Marco Abel, § 13a Abs. 1 Nr. 1. Die **Umsatzsteuer** wird **nicht erhoben**, **§ 19 Abs. 1 S. 1**

**2025**

**Steuerfrei**, **§ 19 Abs. 1 S.1.**

**2,0**

**Bewertung/Erbschaft-/Schenkungsteuer/Grunderwerbsteuer** **30,0**

**I. Gesonderte Feststellung Grundbesitzwert** (§§ = BewG, R = ErbStR, H = ErbStH, AEBew = Erlasse v. 20.03.2023 - AEBew JStG 2022 in Beck'sche Steuererlassen 200 vor § 177/1)

Das Erbbaurecht gilt als ein Grundstück des Grundvermögens, gehört also zum Grundbesitz, § 19 Abs. 1 i. V. m. § 176 Abs. 1 Nr. 2. Wirtschaftliche Einheit (§ 2 Abs. 1) umfasst lediglich das Gebäude als wesentlichen Bestandteil des Erbbaurechts (§ 12 Abs. 1 Erbbaurechtsgesetz), jedoch nicht den Grund und Boden.

GBW für ErbSt gesondert festzustellen § 12 Abs. 3 ErbStG, §§ 151 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 157 Abs. 1, Abs. 3. Bewertungsstichtag ist Tag der Steuerentstehung, also Todestag 30.07.2024, §§ 11, 9 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG. Die tatsächlichen Verhältnisse und die Wertverhältnisse vom Bewertungsstichtag sind maßgebend (§ 157 Abs. 1).

**1,0**

**Zurechnung:** § 151 Abs. 2 Nr. 2 „Anna“ 1/1 § 39 Abs. 1 AO, § 1922 BGB

**0,5**

**Art:** § 151 Abs. 2 Nr. 1 Erbbaurecht §§ 192, 193. Bebautes Grundstück § 180 Abs. 1, da benutzbares Gebäude vorhanden. Das Erbbaurecht ist ein Mietwohngrundstück i. S. d. § 181 Abs. 1 Nr. 2 u. Abs. 3, da es ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt wird und kein Ein- und Zweifamilienhaus oder Wohnungseigentum ist.

**0,5**

**Wert:** Bewertung gem. § 177 Abs. 1 mit dem gem. Wert § 9 im Wege der „finanzmathematischen Methode“, da der Gutachterausschuss keine Erbbaurechtskoeffizienten mitgeteilt hat, § 193 Abs. 2 bis 5, vgl. AEBew, Rz. 68 – Schema. Grundbesitzwert = Wert des unbelasteten Grundstücks nach §§ 179, 182 bis 196 abzüglich des Bodenwerts des unbelasteten Grundstücks nach § 179 (§ 193 Abs. 3 S. 1 Nr. 1). Ermittlung des Gebäudewerts zwingend im Ertragswertverfahren, da Mietwohngrundstück, § 193 Abs. 5 S. 1 i. V. m. § 182 Abs. 3 Nr. 1.

**0,5**

Ermittlung des Werts des unbelasteten Grundstücks abzüglich Bodenwert, § 193 Abs. 3 S. 1 Nr. 1:

Ermittlung Bodenwert

gem. § 184 Abs. 2 i. V. m. § 179 wie „unbebautes Grundstück“:  
800 m<sup>2</sup> x 200 €/m<sup>2</sup> =

160.000 €

**0,5**

Ermittlung Gebäudeertragswert

Maßgebend ist grundsätzlich die am Bewertungsstichtag vereinbarte Jahresmiete ohne Betriebskosten (Nebenkosten), § 186 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 S. 3.

Für die Wohnung im EG ist die ortsübliche Miete (mtl. 1.050 €) nach § 186 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 anzusetzen, da die Wohnung im Besteuerungszeitpunkt selbstgenutzt wurde.

Für das 1. OG ist die ortsübliche Miete (mtl. 1.000 €) nach § 186 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 anzusetzen, da die Wohnung im Besteuerungszeitpunkt leer stand (R B 186.4 Abs. 1 und Abs. 2 S. 5). Der Mietausfall aufgrund des Leerstands ist insofern ohne Bedeutung (R B 186.1 Abs. 1 S. 1, 5 und 7).

Für die Wohnung im 2. OG ist die am Stichtag vereinbarte Miete (mtl. 950 €) mit der üblichen Miete (= Miete 1. OG mtl. 1.000 €) zu vergleichen (R B 186.5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1).

Ortsübliche Miete: 1.000 € = 100 %

Tatsächliche Miete: 950 € = 95 %

Also ist für das 2. OG die tatsächliche Miete anzusetzen (§ 186 Abs. 1 S. 1), da die am Stichtag vereinbarte Miete nicht um mehr als 20 % von der ortsüblichen Miete abweicht (§ 186 Abs. 2 S. 1 Nr. 2).

EG: (1.050 €) x 12 Mte. = 12.600 €

1. OG: (1.000 €) x 12 Mte. = 12.000 €

2. OG: (950 €) x 12 Mte. = 11.400 €

Grundstücksrohertrag 36.000 €

**1,0**

- Abzüglich Bewirtschaftungskosten, § 187 Abs. 2 und 3 i. V. m. Anlage 23:  
(vgl. Beispiel AEBew, Rz. 17 und Beispiel in Rz. 38 „Ermittlung der Bewirtschaftungskosten“ AEBew)

Ausführliche Berechnung der Werte nach Indizierung für 2024, Rundungen entsprechend der Rz. 34 AEBew und Anlage 23:

	Basiswert umgerechnet für 2024: 117,8/77,1		
Verwaltungskosten Wohnung	230,00 €	351,00 € x 3 Wohnungen =	1.053 €
Instandhaltungskosten je qm/m <sup>2</sup>	9,00 €	13,80 € x 360 qm =	4.968 €
Mietausfallwagnis mit 2 % des Rohertrags von 36.000 € =			<u>720 €</u>
Summe der Bewirtschaftungskosten =			<u>- 6.741 €</u>
Grundstücksreinertrag			29.259 € <b>1,0</b>
Abzüglich Bodenwertverzinsung (§§ 185, 188 Abs. 2 S. 2 Nr. 1)			
Liegenschaftszinssatz 3,5 % x Bodenwert 160.000 € =			<u>- 5.600 €</u>
Gebäudereinertrag			23.659 € <b>0,5</b>

Vervielfältiger (§ 185 Abs. 3, Anlage 21)

Abhängig von der Restnutzungsdauer

Wirtschaftliche Gesamtnutzungsdauer (Anlage 22) 80 Jahre

./i. Gebäudealter (§ 185 Abs. 3 S. 4)

Bewertungsjahr 2024 ./i. Baujahr 2004 ./i. 20 Jahre

Wirtschaftliche Restnutzungsdauer 60 Jahre

Mindestrestnutzungsdauer 30 % von 80 J. = 24 J. überschritten, § 185 Abs. 3 S. 6. Die Schönheitsreparaturen verlängern die Restnutzungsdauer nicht.

Wirtschaftliche Restnutzungsdauer 60 Jahre

Liegenschaftszinssatz 3,5 % -> Vervielfältiger: 24,94

Gebäudeertragswert

Gebäudereinertrag 23.659 x Vervielfältiger 24,94 = 590.055 €

(abgerundet auf volle Euro, H B 177 „Abrundung...“) **1,0**

Ermittlung Grundbesitzwert (§ 184 Abs. 3)

Bodenwert 160.000 €

+ Gebäudeertragswert + 590.055 €

= Ertragswert des unbelasteten Grundstücks 750.055 €

Abzüglich Bodenwert des unbelasteten Grundstücks - 160.000 €

= Differenz (Wertanteil des Gebäudes am Bewertungsstichtag) 590.055 € **0,5**

Über die Restlaufzeit des Erbbaurechts kapitalisierte Differenz aus dem angemessenen Verzinsungsbetrages des Bodenwertes des unbelasteten Grundstücks und dem vertraglich vereinbarten jährlichen Erbbauzins:

Angemessener Verzinsungsbetrag des Bodenwertanteils, § 193 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 und Abs. 4:

Liegenschaftszins (§ 193 Abs. 4 S. 3 Nr. 2): 3,5 %

Bodenwert (§ 179): 800 m<sup>2</sup> x 200 €/m<sup>2</sup> = 160.000 €

3,5 % von 160.000 € = 5.600 €

Vertraglich vereinbarter Erbbauzins, § 193 Abs. 4 S. 1:

200 € x 12 Monate = - 2.400 €

Unterschiedsbetrag 3.200 €

Kapitalisierung des Unterschiedsbetrags über die Restlaufzeit des Erbbaurechts Multiplikation mit VV aus Anlage 21 (§ 193 Abs. 4 S. 1): 24,55, da

•Liegenschaftszins 3,5 %

•Restlaufzeit 30.07.2024 - 31.01.2082 (Rz. 73 S. 2 AEBew) = volle 57 Jahre

Wertvorteil gegenüber angemessener Bodenwertverzinsung am Bewertungsstichtag Bodenwertanteil (3.200 € x 24,55) = 78.560 €

**1,0**

Aber: Der Gebäudewert ist bei Ablauf des Erbbaurechts **nur zur Hälfte zu entschädigen**, daher ist der Gebäudewert auf die wirtschaftlichen Einheiten „Erbbaurecht“ und „Erbbaugrundstück“ zu verteilen, § 193 Abs. 5.

Nicht zu entschädigender Gebäudewertanteil bei Ablauf des Erbbaurechts:

Restnutzungsdauer zum Bewertungsstichtag 60 Jahre

Bewertungsstichtag: 2024

Bezugsfertigkeit des Gebäudes: 2004

Alter des Gebäudes: 20 Jahre

Gesamtnutzungsdauer (aus Anlage 22): 80 Jahre

Mindestrestnutzungsdauer nach § 190 Abs. 6 S. 5 ist überschritten

(30 % von 80 Jahren = 24 Jahre)

Restlaufzeit des Erbbaurechts 57 Jahre

Bewertungsstichtag: 30.07.2024

Ablauf des Erbbaurechts: 31.01.2082

Restnutzungsdauer bei Ablauf des Erbbaurechts 3 Jahre

Die Restnutzungsdauer des Gebäudes übersteigt die Restlaufzeit des Erbbaurechts am Bewertungsstichtag. Es ist ein nicht zu entschädigender Wertanteil des Gebäudes bei Ablauf des Erbbaurechts zu berücksichtigen. **1,0**

Ermittlung des Werts des fiktiv unbelasteten Grundstücks bei Ablauf des Erbbaurechts:

Ermittlung Gebäudewert zwingend im Ertragswertverfahren, da Mietwohngrundstück, § 193 Abs. 5 S. 1 i. V. m. § 182 Abs. 3 Nr. 1.

Ermittlung des Werts des unbelasteten Grundstücks abzüglich Bodenwert, § 193 Abs. 3 S. 1 Nr. 1:

Ermittlung Bodenwert gem. § 184 Abs. 2 i. V. m. § 179 wie „unbebautes Grundstück“:

800 m<sup>2</sup> x 200 €/m<sup>2</sup> = 160.000 € **0,5**

Ermittlung Gebäudeertragswert

Ermittlung wie oben dargestellt:

Gebäudereinertrag 23.659 €

Vervielfältiger (§ 185 Abs. 3, Anlage 21)

Abhängig von der Restnutzungsdauer bei Ablauf des Erbbaurechts (siehe oben): 3 Jahre

Liegenschaftszinssatz 3,5 % -> Vervielfältiger: 2,80

Gebäudeertragswert

Gebäudereinertrag 23.659 € x Vervielfältiger 2,80 = 66.245 €

(abgerundet auf volle Euro, H B 177 „Abrundung...“) **0,5**

Ermittlung Grundbesitzwert (§ 184 Abs. 3)

Bodenwert 160.000 €

+ Ertragswert des Grundstücks bei Ablauf des Erbbaurechts + 66.245 €

= Ertragswert des unbelasteten Grundstücks 226.245 €

Abzüglich fiktiver Bodenwert bei Ablauf des Erbbaurechts - 160.000 €

= Wertanteil des Gebäudes bei Ablauf des Erbbaurechts 66.245 € **0,5**

Abzinsung des Wertanteils des Gebäudes bei Ablauf des Erbbaurechts, § 194 Abs. 3 S. 2 i. V. m. § 193 Abs. 5 S. 3:

Wertanteil des Gebäudes bei Ablauf des Erbbaurechts 66.245 €

Restlaufzeit des Erbbaurechts: 57 Jahre

Zinssatz: 3,5% (§ 193 Abs. 5 S. 4 i. V. m. Abs. 4 S. 3 Nr. 2)

-> Abzinsungsfaktor gem. Anlage 26: 0,1407

= abgezinster Wertanteil des Gebäudes bei Ablauf des Erbbaurechts 9.320 €

(abgerundet gem. H B 177 „Abrundung...“)

davon nicht zu entschädigen (50 %): 4.660 €

(abgerundet gem. H B 177 „Abrundung...“) **0,5**

Finanzmathematischer Wert nach § 193 Abs. 2 S. 1 i. V. m. Abs. 3 bis 5:

Wertanteil des Gebäudes am Bewertungsstichtag	590.055 €	
+ Wertvorteil gegenüber angemessener Bodenwertverzinsung am Bew.stichtag	+ 78.560 €	
- nicht zu entschädig. Wertanteil des Gebäudes bei Ablauf des Erbbaurechts	- 4.660 €	
Finanzmathematischer Wert des Erbbaurechts	663.955 €	
Erbbaurechtsfaktor	1,0	
Wert des Erbbaurechts (Grundbesitzwert)	<b>663.955 €</b>	<b>1,0</b>

## II. Erbschaftsteuer (§§ = ErbStG, R = ErbStR, H = ErbStH)

Der Erwerb durch Anna unterliegt der unbeschränkten Steuerpflicht mit dem gesamten Vermögensanfall, da der Erblasser seinen Wohnsitz im Inland hatte, §§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 1 Abs. 1 Nr. 1. Erwerb von Todes wegen durch Erbanfall, da Anna Alleinerbin nach Anton §§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 3 Abs. 1 Nr. 1. Als steuerpflichtiger Erwerb gilt die Bereicherung des Erwerbers, soweit sie nicht steuerfrei ist (§ 10 Abs. 1 S. 1). Von dem Vermögensanfall sind zur Ermittlung der Bereicherung die Nachlassverbindlichkeiten gemäß § 10 Abs. 1 S. 2 abzuziehen.

Der Erwerb von Todes wegen durch die Nichte fällt in Steuerklasse II (§ 15 Abs. 1 Steuerklasse II Nr. 3). Bewertungsstichtag ist Tag der Steuerentstehung, also Todestag 30.07.2024, §§ 11, 9 Abs. 1 Nr. 1. Gem. § 20 Abs. 1 ist die Erwerberin Steuerschuldnerin.

Der Anspruch auf Auszahlung der Lebensversicherung gehört nicht zum Nachlass, insoweit hat der Neffe als Anspruchsberechtigte den Erwerb gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 aufgrund eines Vertrags zugunsten Dritter zu versteuern.

**1,5**

### Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs nach § 10 Abs. 1 S. 1 u. 2

#### Grundvermögen

##### Erbbaurecht

Das Erbbaurecht ist mit dem gesondert festgestellten Grundbesitzwert (§ 12 Abs. 3 i. V. m. §§ 151 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 157 Abs. 1 u. 3 BewG) anzusetzen.

**0,5**

Soweit das Grundstück im Besteuerungszeitpunkt zu Wohnzwecken vermietet war (2. OG) oder zur Vermietung vorgesehen war und nur aufgrund eines Mieterwechsels im Besteuerungszeitpunkt nicht vermietet war (1. OG, R E 13d Abs. 6 S. 4) erfolgt der Ansatz nach § 13d Abs. 1 und 3 nur mit 90 % des Grundbesitzwerts.

Die Aufteilung erfolgt im Verhältnis der Wohn- und Nutzflächen (R E 13d Abs. 6 S. 7).

Grundbesitzwert	663.955 €	
Steuerfrei § 13d Abs. 1: 10 % von 2/3 von 663.955 € =	- 44.264 €	
Steuerpflichtig	<b>619.691 €</b>	<b>1,0</b>

#### Übriges Vermögen

(Bewertung grds. § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 1 - 16 BewG)

##### Sparguthaben

Die Kapitalforderung ist mit dem Nennwert (§ 12 Abs. 1 BewG) zu bewerten. **980.000 €** **0,5**

##### Mietforderung Juli 2024

Die Kapitalforderung gegenüber dem Mieter ist mit dem Nennwert (§ 12 Abs. 1 BewG) zu bewerten. **1.150 €** **0,5**

Hausrat

Der Hausrat ist als übriges Vermögen mit dem gemeinen Wert (§ 9 Abs. 1 BewG) anzusetzen. Der gemeine Wert entspricht dem Verkehrswert (§ 9 Abs. 2 BewG). Für den Erwerb durch eine Person der Steuerklasse II (§ 15 Abs. 1 StKI II Nr. 3) ist ein Freibetrag von 12.000 € abzuziehen (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 S. 1 Bst. c).

Gemeiner Wert	45.000 €		
- Freibetrag	<u>12.000 €</u>	<b>33.000 €</b>	<b>0,5</b>

Anspruch auf Möbellieferung

Der Sachleistungsanspruch gegenüber dem Möbelhaus auf Lieferung der Couchgarnitur gehört nicht zum Hausrat und ist als übriges Vermögen mit dem gemeinen Wert (§ 9 Abs. 1 BewG) anzusetzen (R B 9.3 Abs. 1 S. 3 und 4). Der gemeine Wert entspricht dem gemeinen Wert, also dem Kaufpreis, der zu liefernden Möbel (R B 9.3 Abs. 1 S. 1, § 9 Abs. 2 BewG). Der Freibetrag des § 13 Abs. 1 Nr. 1 S. 1 Bst. c kann nicht für den Erwerb von Sachforderungen beansprucht werden.

Gemeiner Wert Möbel (8.000 € + 8.000 € =)		<b>16.000 €</b>	<b>1,0</b>
---	--	-----------------	------------

Segeljacht

Die Segeljacht ist als übriges Vermögen mit ihrem gemeinen Wert (§ 9 Abs. 1 BewG) anzusetzen. Der gemeine Wert entspricht dem Kaufpreis von 50.000 € (§ 9 Abs. 2 BewG). Für den Erwerb eines „anderen, beweglichen, körperlichen Gegenstandes“ durch eine Person der Steuerklasse II (§ 15 Abs. 1) ist ein Freibetrag von 12.000 € abzuziehen (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 S. 1 Bst. c). Der Freibetrag wurde beim Hausrat jedoch schon verbraucht.

Gemeiner Wert	50.000 €		
- Freibetrag	<u>0 €</u>	<b>50.000 €</b>	<b>0,5</b>

Kaufpreisforderung

Die Kapitalforderung ist abweichend vom Nennwert mit dem Gegenwartswert gemäß § 12 Abs. 1 und 3 BewG anzusetzen, da unverzinslich und Laufzeit > 1 Jahr, die „tilgungsfreie“ Zeit ist als Aufschubzeit zu berücksichtigen. Für die Abzinsung ist von der mittelschüssigen Zahlungsweise auszugehen (§ 12 Abs. 1 S. 2 BewG), auf die Zahlungszeitpunkte innerhalb einer Zahlungsperiode kommt es nicht an. Die Laufzeit und die Aufschubzeit sind über die Anteile der Jahresleistungen zu ermitteln (Erlasse vom 09.09.2022, Tz. II. 2.1.2 - Beck'sche Erlasse 200 § 12/1).

Laufzeit (Tilgungszeit): 4 Jahre + 6 Monate (9 „halbjährliche Raten“)			
Gesamtlaufzeit (Aufschubzeit + Tilgungszeit): 5 Jahre + 6 Monate			<b>1,0</b>

Die maßgebenden Vervielfältiger ergeben sich aus Tabelle 2 (zu § 12 Abs. 1 BewG) der Beck'schen Erlasse 200 § 12/1.

VV 4 Jahre	(Tab. 2, Erlasse)	3,602
VV 5 Jahre	(Tab. 2, Erlasse)	<u>4,388</u>
Differenz		0,786 x 6/12 = 0,393

VV für 4 J. + 6 Monate (interpoliert): 3,602 + 0,393 = 3,995

Jahreswert der Leistungen (§ 15 Abs. 1 BewG): 2 x 2.000 € = 4.000 €

Barwert bei Beginn der Zahlungsperiode: 4.000 € x 3,995 = 15.980 €			<b>1,0</b>
--	--	--	------------

Der auf den Beginn der ersten Zahlungsperiode ermittelte Barwert ist auf den Besteuerungszeitpunkt mit dem Vervielfältiger aus Tabelle 1 (zu § 12 Abs. 3 BewG) abzuzinsen (Erlasse Tz. II. 2.2.1)

Abzinsung für Aufschubzeit 1 J. gem. Tabelle 1, Erlasse: 0,948

Gegenwartswert 30.07.2024: 15.980 € x 0,948 = 15.149 €

[Alternative Berechnung nur mit Tabelle 2: Gesamtlaufzeit (VV 5 J.: 4,388 und VV 6 J. 5,133, interpoliert: 4,761) abzüglich Aufschubzeit VV 1 J.: 0,974 -> Jahreswert 4.000 € x (4,761 - 0,974) = 15.148 €]

**Vermögensanfall** **1.714.990 €** **1,0**

**Nachlassverbindlichkeiten (Bewertung gem. § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 1 - 16 BewG)**

Mit der Bewertung des Erbbaurechts ist die Verpflichtung zur Zahlung des Erbbauzinses abgegolten, § 192 S. 2. **0,5**

Schuld Möbelhaus

Die Verpflichtung zur Zahlung des restlichen Kaufpreises für die Möbellieferung ist als Nachlassverbindlichkeit gemäß § 10 Abs. 5 Nr. 1 mit dem Nennwert (§ 12 Abs. 1 BewG) der Kapitalschuld abzugsfähig (R B 9.3 Abs. 1 S. 3 und 4). Auf den Erblasser entfällt nur die Hälfte der Zahlungsverpflichtung. Keine Abzugsbeschränkung durch § 10 Abs. 6, da wirtschaftlicher Zusammenhang mit „voll“ steuerpflichtigem Sachleistungsanspruch.

Restschuld 8.000 € **- 8.000 €** **1,0**

Malerrechnung

Die Schuld gegenüber der Malerfirma ist als Nachlassverbindlichkeit gemäß § 10 Abs. 5 Nr. 1 mit dem Nennwert (§ 12 Abs. 1 BewG) der Kapitalschuld abzugsfähig. Der Skontoabzug erfolgte erst nach dem Besteuerungszeitpunkt, daher ist der Bruttobetrag der nicht skontierten Rechnung maßgebend. Da ein wirtschaftlicher Zusammenhang mit der gem. § 13d zu 10 % steuerfreien Wohnung besteht, ist die Schuld gem. § 10 Abs. 6 S. 3 jedoch nur zu 90 % abzugsfähig (R E 10.10 Abs. 5).

1.200 € x 119 % x 90 % = **- 1.286 €** **1,0**

Rentenvermächtnis

Das Rentenvermächtnis an die Schwester ist grundsätzlich als Nachlassverbindlichkeit gemäß § 10 Abs. 5 Nr. 2 abzugsfähig. Das Rentenvermächtnis ist auflösend befristet („Tod der Bezugsberechtigten“), die Befristung wird jedoch grds. über die Bewertung gem. § 14 BewG berücksichtigt, §§ 7 Abs. 1, 8 BewG. Durch das Vorversterben der Vermächtnisnehmerin vor dem Besteuerungszeitpunkt ist das Vermächtnis gem. § 2160 BGB unwirksam und daher nicht als Nachlassverbindlichkeit abzugsfähig. **1,0**

Bestattungskosten

Ohne Kostennachweis ist zumindest der Pauschbetrag nach § 10 Abs. 5 Nr. 3 als Nachlassverbindlichkeit abzugsfähig.

Keine Einschränkung nach § 10 Abs. 6 S. 6 **- 10.300 €**

**Bereicherung** **1.695.404 €** **0,5**

### Vorerwerb

Die Grundstücksübertragung am 15.01.2024 erfolgte im Rahmen einer gem. § 7 Abs. 1 Nr. 1 steuerbaren freigebigen Zuwendung. Gemischte Schenkung, da Leistung und Gegenleistung offensichtlich nicht ausgewogen waren.

Da die Zuwendung innerhalb von zehn Jahren vor dem Letzterwerb vom Erblasser an die Erbin erfolgte ist sie gem. § 14 Abs. 1 S. 1 der Bereicherung der Erbin hinzuzurechnen, maßgebend ist hierbei der Wert der Bereicherung im Schenkungszeitpunkt, R E 14.1 Abs. 2. Das Grundstück ist mit seinem Steuerwert, dem zum Schenkungszeitpunkt gesondert festgestellten GBW (§ 12 Abs. 3, § 151 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BewG) anzusetzen. Die Steuerbefreiung gem. § 13d Abs. 1 und 3 ist auch für die SchenkSt anwendbar (§ 1 Abs. 2), da das Grundstück im Schenkungszeitpunkt zu 100 % zu Wohnzwecken vermietet war.

Die Gegenleistung ist mit ihrem Steuerwert, dem Nennwert (§ 12 Abs. 1 i.V.m § 12 Abs. 1 BewG). Die Gegenleistung ist gem. § 10 Abs. 6 S. 3 i.V.m. § 13d nur zu 90 % abzugsfähig, R E 7.4 Abs. 2. Die Erwerbsnebenkosten sind hingegen unbeschränkt abzugsfähig, R E 7.4 Abs. 4.

Berechnung hinzuzurechnender Vorerwerb:

Grundbesitzwert	750.000 €	
Steuerbefreiung § 13d Abs. 1 und 3, 10 % von 750.000 € =	<u>- 75.000 €</u>	
Verbleiben	675.000 €	
Gegenleistung Nennwert =	250.000 €	
Nicht abzugsfähig § 10 Ab. 6 S. 3 iVm § 13d: 10 %	<u>- 25.000 €</u>	
Abzugsfähige Gegenleistung	- 225.000 €	
Abzugsfähige Erwerbsnebenkosten	<u>- 4.000 €</u>	
Hinzuzurechnender Vorerwerb	<b>+ 446.000 €</b>	<b>1,0</b>
<b>Persönlicher Freibetrag</b> Nichte (§ 16 Abs. 1 Nr. 5), <b>kein § 17</b>	<b>- 20.000 €</b>	<b>0,5</b>
<b>Steuerpflichtiger Erwerb</b> (§ 10 Abs. 1 S. 1)	<b>2.121.404 €</b>	
<b>Steuerpflichtiger Erwerb abgerundet</b> (§ 10 Abs. 1 S. 6)	<b>2.121.400 €</b>	
<b>Erbschaftsteuer</b> (§ 19 Abs. 1, Steuerklasse II) 30 % von 2.121.400€ =	<b>636.420 €</b>	
<b>(Kein Härteausgleich, § 19 Abs. 3, H E 19 „Tabelle ...“)</b>		<b>1,0</b>
<b>Abzugsfähige Steuer nach § 14 Abs. 1 S. 2 und 3:</b>		
Anrechnung § 14 Abs. 1 S. 2 fiktive Steuer Vorerwerb	446.000 €	
Persönlicher FB, höchstens tats. verbrauchter FB StKI II	<u>20.000 €</u>	
Stpfl. Erwerb (abgerundet)	426.000 €	
Fiktive SchenkSt 25 % v. 426.000 € =	106.500 €	
tatsächliche Steuer § 14 Abs. 1 S. 3	106.500 €	
Abzug	<b><u>- 106.500 €</u></b>	
Die Mindeststeuer i. S. d. § 14 Abs. 1 S. 4 (ohne Vorerwerb) wird überschritten und die Höchststeuer i. S. d. § 14 Abs. 3 (50 %) nicht überschritten.		
Festzusetzende ErbSt	<b>529.920 €</b>	<b>1,0</b>

### III. Grunderwerbsteuer (§§ = GrEStG)

Der Erwerb des Erbbaurechts von Todes wegen unterliegt gem. § 3 Nr. 2 nicht der Grunderwerbsteuer.

Der Grundstückserwerb „Lechweg 9“ unterliegt nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 im Umfang des entgeltlichen Teils des Rechtsgeschäfts der GrESt. Durch den Kaufvertrag wird der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer das Grundstück zu übereignen (§ 433 Abs. 1 S. 1 BGB). Die GrESt knüpft an das Vorliegen eines rechtswirksamen Verpflichtungsgeschäfts an und wird nicht erst mit dem Eigentumserwerb ausgelöst, sondern bereits mit dem Erwerb des Anspruchs auf Verschaffung des Eigentums. Ein Rechtsträgerwechsel liegt vor.

“Grundstück” i.S.d. GrEStG ist das Grundstück i.S.d. BGB, also grds. dass im Grundbuchblatt ausgewiesene Grundstück (§ 2 Abs. 1 S. 1).

Der unentgeltliche Teil des Rechtsgeschäfts in der Höhe der Differenz von GBW und Kaufpreis (vgl. R E 7.4 und oben) ist schenkungsteuerpflichtig nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG, daher kein Ansatz von Grunderwerbsteuer § 3 Nr. 2 S. 1.

Die Vertragsbeteiligten (Käufer und Verkäufer) schulden die GrESt grds. (§ 13 Nr. 1) als Gesamtschuldner (§ 44 AO). Privatrechtliche Vereinbarungen (z.B. im Kaufvertrag) ändern das öffentlich-rechtliche Schuldverhältnis nicht (= Vereinbarungen im Innenverhältnis). Das FA wird die Steuer jedoch zunächst von demjenigen einfordern, der sich im Vertrag zur Steuerübernahme verpflichtet hat, dies ist im Regelfall der Grundstückserwerber.

Bemessungsgrundlage ist nach § 8 Abs. 1 grundsätzlich der Wert der Gegenleistung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1). Das ist hier der vereinbarte Kaufpreis. Die Bewertung der Gegenleistung erfolgt nach §§ 2 bis 15 BewG (§ 1 Abs. 1 BewG).

Steuersatz nach § 11 Abs. 1: 3,5 %

Steuerberechnung:

Kaufpreis 250.000 € x 3,5 % = **8.750 €** **1,5**

\* \* \* \*